

52. Jahrgang

2-2019

€ 5,00

FLÜCHTLINGE
WEGGESPERT

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Zwei Welten

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
„Sie überrollen uns!“ (Fredy Mugunda, Händler)
 Die maritime Seidenstraße: Chinas Politik in Afrika
- 4** *Wolfgang Belitz*
„Wir leben nicht im Kapitalismus...“

SCHWERPUNKT: Flüchtlinge weggesperrt

- 5** *Sophie Scheytt*
**Die Toten auf dem Mittelmeer sind vermeidbar.
 Aber der politische Wille fehlt.**
- 6** *Friedrich Halfmann*
Strafanzeige gegen Herrn Dr. Horst Seehofer
Pro Asyl, MSF und über 250 Organisationen
- 6** *Marion Lillig*
**Mittelmeer: Offener Brief mit drei konkreten
 Forderungen aus der Zivilgesellschaft**
- 7** *AMOS*
Ankerzentren – ein Erfahrungsbericht
- 9** *Werner Nienhüser*
Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) Marl
 Eindrücke vom Tag der offenen Tür, 15.05.2019
- 11** *Gerd Specht*
**Wie man mit der Not von Menschen Geld
 verdient – der Fall „European Homecare“**
- 12** *Kai Bammann*
**Auswirkungen der Ankerzentren auf
 Bildungseinrichtungen**
- 13** *Heike Schiebeck*
Ist ein Ankerzentrum eine Totale Institution?
- 15** *Wolf-Dieter Just*
Balkanroute 2019: Das Ende der Menschenrechte
 an den Grenzen Kroatien, Bosnien Herzegowina
 Fact finding report März 2019
- 17** *Theo Haggene*
Bedingungen für das Kirchenasyl verschärft
- 18** *David Schütz*
Gelungene Integration – angekommen in Haltern
- 19** *Hermann Döbber*
**Ankerzentren! –
 Zivilgesellschaft lieber draußen bleiben!**
- 20** *Gerrit Warsen*
Gedanken zum Begriff „Ehrenamt“
- 21** *Michael Bertram*
In einer Welt aus den Fugen
- 23** *Einhard Schmidt-Kallert*
Zwischen den Welten
 Nordsyrien im Niemandsland des syrischen Chaos

1wurf

- 24** *Einhard Schmidt-Kallert*
Unverständliche Regeln

Menschenorte 41

- 25** *Manfred Walz mit Kai Bettermann*
Gruß der unsichtbar Ausgegrenzten

Palästina

- 26** *Gideon Levy – Haaretz am 19. Mai 2019*
**Deutschland, Schande über Sie und
 Ihre Anti-BDS-Lösung**

Editorial

Die Bundesrepublik Deutschland feierte am 23. Mai 2019 siebzig Jahre Grundgesetz. Ein Festtag – und ein Trauertag, denn aktuell wird das Grundrecht auf Asyl zerstört, ein weiteres Mal seit 1993. Ein wirklicher Skandal! Vertuscht hinter dem Bildwort „Ankerzentren“ (im „Geordnete Rückführungsgesetz“ 2019). Verantwortlich ist die GroKo Berlin mit dem IM Seehofer, gegen entschiedene Proteste der Zivilgesellschaft. Es geht darum: Wer neu als Flüchtling ins Land kommt, kommt 18 Monate in den Bundesländern bzw. sogar bis zu 24 Monaten in NRW ins Ankerzentrum und wird von hier aus möglichst bald abgeschoben, nach allen Prüfungen unter einem Dach. In dieser langen Zeit bleiben Kinder ohne Schulbesuch am Ort, Erwachsene bleiben ohne Integrationskurse, ohne Kontakte zu Flüchtlingshelfern vor Ort. Eingang nur nach Kontrollen des Security-Wach- und -Schließpersonals an den Eingangsschleusen. Flüchtlingsorganisationen und Mitarbeitende von Wohlfahrtsverbänden stehen ohnehin im Verdacht, Flüchtlinge fürs Hierbleiben zu beraten. Mehrere Beiträge im vorliegenden Heft beschäftigen sich mit diesen „Verwahrnstanalten“ oder Lagern, mit den Lebenssituationen der dort weggesperrten Menschen; besonders anzuklagen sind die Verletzungen der Kinderrechte. Siehe auch die Strafanzeige gegen Dr. Seehofer wegen § 323 c StGB.

Das war einmal: „Willkommenskultur“ (seit 2014), „Wir schaffen das“ (Kanzlerin Merkel am 31.8.2015). Tatsächlich: WIR hatten es geschafft. Seit 2016/2017 hat „unser“ „Lernendes System“ einen verhältnismäßig fairen Umgang mit Flüchtlingen immer besser bewältigt, auf allen Ebenen wie Kommune, Schule, Berufsausbildung für Flüchtlinge, Bildungsträger, Jobcenter, KITAs, Wohnungsvermietungen, viele gesellschaftliche Akteure. Ganz entscheidenden Anteil an diesen Erfolgen hatten seit 2015 die überaus engagierten Ehrenamtlichen! Und nun vollführt die Regierung in Berlin ein Rollback, OHNE NOT. Flüchtlingsunterstützer werden diffamiert, sollen sich rechtfertigen, sind plötzlich Störfaktoren einer Abschiebungsdoktrin. Manchenorts gibt es derzeit weniger Flüchtlinge als Helfer und Hilfsangebote! Profiteure dieser neuen Politik sind Wirtschaftsunternehmen mit undurchsichtigen Betreuungskonzepten, sicher finanziert durch Steuergelder und mit Bilanzen, die schwindlig machen.

Gleichzeitig wachsen geopolitisch: Elend und Feuer. Exemplarisch dazu die drei „Schlaglichter“ (Mittelmeer, Balkanroute, Kurden als die nützlichen Idioten an der Südgrenze der Türkei). Ganz zu schweigen vom drohenden Weltkrieg, ausgehend vom Nahen Osten/Golfregion. Wachsamere ziviler Ungehorsam, z.B. an den Ankerzentren, ist geboten! Und ohne Frieden ist alles nichts.

Nach einem heißen (?) Sommer folgt im September **AMOS 3|19** zur Frage: Wie werden Menschen mit Schwächen stark? – und mit den weiteren Kolumnen und Themen, die uns immer wichtig sind.

Herzliche Grüße

AMOS

Impressum ...	Seite 10
Abo-Bestellschein ...	Seite 18
Lesetipps ...	Seiten 14, 16, 19, 27
Anzeige Dampfboot	Seite 27
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 28

Hermann Schulz

„Sie überrollen uns!“ (Fredy Mugunda, Händler) Die maritime Seidenstraße: Chinas Politik in Afrika

An dieser Stelle wollte ich unbedingt einen Beitrag schreiben zum Einfluss Chinas in Afrika. Meine Sorge war ausgelöst durch die Nachricht, unweit des kleinen und historisch reichen Örtchens Bagamoyo nördlich von Dar es Salam (drei Jahre lang Hauptstadt der deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika) würde mit chinesischem Geld und Kapital aus Oman der größte Hafen Afrikas gebaut werden. Mit allen Folgen: Eisenbahnlinien bis in alle westlichen Nachbarländer (Kongo, Burundi, Sambia, Uganda und anderen) zum Transport von Petroleum, Bauxit, Gold, Diamanten, Rutil, Holz und Kupfer. Ebenso ist eine riesige Industriezone geplant für ca. 1.000 Firmen. Tansania, so der Präsident, John Magufuli, sei auf dem Weg zu einer halb-industriellen Nation.

Das alte Lied: die deutschen Kolonialherren (bis 1918), danach die Engländer, hatten die Eisenbahnlinien so gebaut, dass sie die Rohstoffe des Landes bequem in Dar es Salam auf die Schiffe nach Europa laden konnten.

Obwohl die Chinesen verkünden, gemeinsam mit Afrika würden sie die ‚Reste der Kolonialzeit gemeinsam überwinden‘, haben sie die gleichen Ziele: Die Rohstoffe Afrikas auszubeuten und Afrika als Markt für chinesische Produkte, die heute schon den Markt überschwemmen.

In Afrika fehlen lt. Gutachten 10.000 km Schienen für den Waren- und Personenverkehr. Die Straßen sind weitgehend marode und kaum in der Lage, die Transportbedürfnisse abzudecken. Schienen sind schneller und halten länger, vor allem seit die Schwellen aus Beton sind. Chinas Präsident Xi Jinping versprach bei seinem Besuch in Dar es Salam unglaubliche Summen „zinsfrei“ und Geschenke, u.a. ein neues Ausbildungszentrum für Manager. Es soll von chinesischen Fachkräften geführt werden.

Über das Problem China in Afrika sprach ich mit meinem Freund Moustapha Diallo. Er überschüttete mich mit Informationen und Details aus seiner Heimat Senegal und anderen Ländern und ich fand das Zitat des Chefs der nigerianischen Zentralbank Lamido Sanusi: „China nimmt unsere Primärgüter und verkauft uns fertige Produkte. Das war auch das Wesen des Kolonialismus bei uns!“

Dann zog ich grundlegende Artikel aus *Le Monde diplomatique* und der ZEIT zu Rate. Um nur die wichtigsten Informationen weiterzugeben, würde es eine Sonderausgabe von **AMOS** brauchen, möglichst mit doppeltem Umfang.

Heute früh beim Kaffee klagte ich meinem Freund Otto Mühl, ich würde das Thema aufgeben müssen, es bedürfe viel mehr Platz, mehr Kenntnisse, das sei ein Stoff für mehrere Bücher! Seine Antwort: „Schreib doch nur über Themen, die dich wirklich persönlich bewegen. Das ist immer deine Stärke gewesen!“

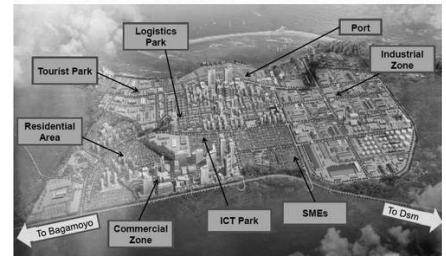
Nun weiß er ebenso wie ich, dass wir uns nicht nur aufs Private zurückziehen können, dass die Welt unsere Heimat

ist und unsere Verantwortung nicht am Stadtrand von Wuppertal endet. Außerdem ist seit vielen Jahren der wunderbare Ort Bagamoyo für mich ein Sehnsuchtsort, auch ein Stück Heimat. Hier spielen drei meiner Bücher (*Mandela & Nelson 1* und *2*, meine erfolgreichsten Titel; *Leg nieder dein Herz*, der Titel ist die freie Übersetzung von Bagamoyo, ein Relikt aus der Zeit, als Bagamoyo Zentrum des ostafrikanischen Sklavenhandels war).

Also biete ich den Leserinnen und Lesern diesen Torso an, diese unvollständige Klage darüber, dass sich nach dem Rückzug der USA und Russlands aus Afrika und der halbherzigen bis zynischen Afrika-(Handels-)Politik der Europäischen Union China einen neuen Gang eingelegt hat, diesen Kontinent zu erobern. Sie fragen nicht lange nach Menschenrechten, sie wollen Rohstoffe, Einflussgebiete und die afrikanischen Märkte für ihre Produkte.

Dass man auf dem riesigen Markt in Dar es Salam die wunderschönen afrikanischen Handwerksprodukte, wenn man sich auskennt und Glück hat, nur noch in den letzten Ecken findet, weil alles jetzt schon von chinesischem Plastikmüll und Küchenmaschinen überschwemmt ist, sei nicht nur nebenbei angemerkt.

BAGAMOYO SEZ MASTER PLAN



Masterplan des neuen Hafens



Repräsentanten aus Tansania, China und dem Oman bei der Grundsteinlegung



Grundsteinlegung durch Ex-Präsident Jakya Kikwete



Modell des neuen Hafens

Hermann Schulz, ehemaliger Verlagsleiter, lebt als Autor in Wuppertal und schreibt seit mehr als 20 Jahren regelmäßig für AMOS. Fotos von der homepage des Freundeskreises Bagamoyo: www.bagamoyo.com

Wolfgang Belitz

„Wir leben nicht im Kapitalismus...“

Als neulich ein junger „Aktivist“ in einer Diskussion über die neue Urheberrechtsrichtlinie der EU von Prozessen im Kapitalismus sprach, antwortete Herr Z. (Generalsekretär der CDU) sinngemäß: *Wir leben nicht im Kapitalismus, wir leben in der sozialen Marktwirtschaft.*

Als K. Kühnert in einem Zeitinterview über Reformen zur Abschaffung des Kapitalismus sprach und in einschlägigen Kreisen ein Sturm der Entrüstung losbrach, äußerte sich auch Frau KK (Parteivorsitzende der CDU und deren designierte Kanzlerkandidatin) wörtlich:

„Ich hätte nie geglaubt, dass unser alter Wahlslogan ‚Freiheit statt Sozialismus‘ noch mal bei einer Wahl so aktuell ist (...) Wir haben in Deutschland seit vielen Jahrzehnten die bessere Antwort zu Kapitalismus und Sozialismus, und das ist die soziale Marktwirtschaft, die Menschen in den Mittelpunkt stellt, die Wohlstand für alle schafft und wo jeder nach seinem Gusto leben kann.“

Alle Achtung, schöner kann man und Frau das Falsche nicht ausdrücken. Es ist nahezu unfassbar. Da fegt bald 20 Jahre lang die „neoliberale Konterrevolution“ durch die Welt und unser Land und vollzieht hier den Übergang vom rheinischen Kapitalismus zum atlantischen Turbokapitalismus, der von den zarten Ansätzen zur sozialen Marktwirtschaft früherer Zeiten fast nichts mehr erkennen lässt. In dieser Situation ertönt dann im Brustton der Überzeugung das kontrafaktische und tatsachenimmune Urcredo aller Konservativen in tiefer Bewusst- und Besinnungslosigkeit gegenüber der Welt, in der wir leben.

Seit Beginn der Hochzeit dieser Entwicklung (1998) hatte ich die einmalige Chance, die Vorgänge bis heute mit meinen AMOS-Kolumnen aus meiner Sicht kritisch zu begleiten. Dazu gehören u.a.:

- das unaufhörliche Trommelfeuer zum Auftakt und zur heftigen Begleitung der Konterrevolution: **Kostenreduzierung-Privatisierung-Deregulierung-Globalisierung**,
- der programmatische Kampf Markt gegen Staat,
- die dramatische Steuerentlastung für das Kapital (Körperschaftsteuer 15 Prozent),
- die halbherzige Verfolgung von Steuerflucht, -vermeidung und -betrug,
- die lange Stagnation der Reallohnentwicklung,
- die Schwächung der Gewerkschaften,
- die Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses,
- die Einführung der Armut durch Gesetz (Hartz IV),
- die Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit,
- die Ausweitung des Niedriglohnsektors,
- die Ausweitung von Teilzeit- und Leiharbeit,
- die notwendige Aufteilung der Armen in Bettelarme, arbeitslose Arme und arbeitende Arme (working poor),
- insgesamt der Verrat des Urprinzips der sozialen Marktwirtschaft: soziale Verteilungsgerechtigkeit als Bedingung der Möglichkeit der Freiheit aller Menschen und nicht nur des Marktes für die Sachen,
- die Vertiefung der alten neuen Klassengesellschaft, in der

die halbe Bevölkerung fast das gesamte Geld- und Immobilienvermögen besitzt und die andere Hälfte von beidem fast gar nichts. Das reichste Dezil der Haushalte verfügt über mehr als 60 Prozent des gesamten Geldvermögens.

So lässt sich ein Element nach dem anderen aufführen, um die Spuren der Einschläge der Meteoriten aus dem neoliberalen Himmel des staatsfreien Marktes sichtbar zu halten. Die kleinen Spuren der neusozialdemokratischen Sozialpolitik in der GroKo werden gerne übersehen.

Allein die schlichte Lektüre einfacher Tageszeitungen in diesem Frühjahr hätte genügt, die kontrafaktische und tatsachenimmune Soziale Marktwirtschaftsideologie ad absurdum zu führen:

1. Im März erzählt die Presse (z.B. der Spiegel) wie alljährlich die Geschichte der Geschwister Stefan Quandt und Susanne, geb. Quandt, die als Erben zusammen 46,7% der BMW-Stammaktien besitzen und jetzt nach der Hauptversammlung mehr als 1 Mrd. Euro Dividende erhalten, Bruder 622 Mio. Euro, Schwester 504 Mio. Euro, zusammen 93 Mio. Euro mehr als im Jahr davor.

2. Im April berichtet die Presse von der Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Anfrage der Linken, dass 3,83 Mio. Vollbeschäftigte in Deutschland monatlich weniger als 2.000 Euro brutto verdienen. Die Mitarbeitenden bilden das Heer der Working Poor. In unserer NRW-Verfassung heißt es dazu: *„Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken.“* (Art. 24,2)

3. Rechtzeitig zum 1. Mai weist die Presse (z.B. meine Tageszeitung) darauf hin, dass heute nur noch 57 Prozent der Beschäftigten im Westen und 44 Prozent im Osten nach Tarif bezahlt werden. 1998 lagen die Zahlen im Westen noch bei 76 Prozent und im Osten bei 63 Prozent. Im Laufe der neoliberalen Konterrevolution ist ein Prozess fortlaufenden Lohndumpings eingetreten, der schon lange immer weiter von so etwas wie sozialer Marktwirtschaft weggeführt hat.

Die Beispiele zum Tag der Arbeit 2019 zeigen, dass der Weg noch lange nicht zu Ende ist und nie zu Ende geht, wenn Leute wie die genannten an ihrer kontrafaktischen und tatsachenimmunen ideologischen Weltsicht festhalten.

Erst wenn die 2.000 Tafeln in Deutschland verschwinden, ist das ein Zeichen dafür, dass wieder über soziale Gerechtigkeit geredet werden kann, die der eine wichtige Pfeiler des „Brückenmodells“ Soziale Marktwirtschaft ist. Doch davon sind wir weit entfernt, weil große Teile der Eliten uns unbeirrt lehren: Wir leben in der sozialen Marktwirtschaft, *„die den Menschen in den Mittelpunkt stellt“*.

Sophie Scheytt

Die Toten auf dem Mittelmeer sind vermeidbar. Aber der politische Wille fehlt.

„Tagelang fuhr ich mit einem 2-jährigen, toten Jungen in der Tiefkühltruhe in internationalen Gewässern auf und ab, weil kein europäisches Land ihn retten wollte, als es noch möglich war und sie uns dann einen Hafen verwehrten. Seine Mutter war auch bei uns an Bord. Lebendig. Was sage ich einer traumatisierten Frau, deren Kind da in meinem Gefrierschrank liegt, über den Friedensnobelpreisträger EU?“

Das fragte Pia Klemp, Kapitänin der beiden NGO-Schiffe Iuventa und Sea-Watch 3 in einer Rede im Februar.

Es gibt Sachen, die man einer Mutter nicht erklären kann. Was man allerdings erklären kann, sind die tödlichen Folgen der europäischen Abschottungspolitik.

Das Mittelmeer ist die tödlichste Grenze auf der ganzen Welt. Gleichzeitig ist das zentrale Mittelmeer auch der am besten überwachte Seeraum auf der Welt. Das zeigt: Die Toten auf dem Mittelmeer sind vermeidbar, nur der politische Wille fehlt.

Mit unserer Arbeit dokumentieren wir die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, die unerträglichen Szenen, die sich Tag für Tag erneut abspielen. Gerade diese Dokumentationen ist aber nicht gewollt.

Im Jahr 2016 gab es ganze 14 NGO-Schiffe, die zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer geleistet haben, mittlerweile sind nicht einmal mehr eine Handvoll übrig. In diesem Moment befindet sich kein einziges Rettungsschiff im Einsatz. Warum?

Weil sich die europäischen Regierungen für jede einzelne NGO fadenscheinige Argumente überlegt haben, um sie an ihrer Arbeit zu hindern. Von angeblichen Flaggenrechtsproblemen über Menschenhandel zu Umweltverschmutzung – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Pia Klemp, unserer Kapitänin, drohen in Italien nun bis zu 20 Jahre Haft und Geldstrafen von 15.000 € pro gerettetem Menschen. Die Sea-Watch 3 kann derzeit nicht ausfahren, weil in den Niederlanden, unserem Flaggenstaat, eine Verordnung erlassen wurde, die ausschließlich an NGO-Schiffe erhöhte technische Anforderungen stellt. Wohlgermerkt ohne Übergangsfrist und ohne Beteiligung des Parlaments. Einem anderen NGO-Schiff, der „Aquarius“ wurde gleich zweimal innerhalb von wenigen Wochen die Flagge entzogen. Selbst Ärzte ohne Grenzen, eine der größten und ältesten Menschenrechtsorganisationen, die in Krisengebieten auf der ganzen Welt aktiv ist, schafft es nicht mehr an der europäischen Außengrenze humanitäre Hilfe zu leisten. Der Organisation wurde in Italien jüngst vorgeworfen, sie habe die Anzihsachen der Geflüchteten, die mit Krankheiten infiziert sein könnten, nicht ordnungsgemäß als Sondermüll entsorgt. Man muss weder Ärztin noch Jurist sein, um zu wissen, dass all diese Vorwürfe jeder Grundlage entbehren.

Neben Kriminalisierungskampagnen erfahren wir natürlich auch Unterstützung auf verschiedenen Ebenen. In einem

Osterappell haben sich gerade erst über 200 Abgeordnete – immerhin ein Drittel des deutschen Bundestags – mit unserer Arbeit solidarisiert und Unterstützung für die zivile Seenotrettung gefordert. Jetzt müssen diesen Worten auch Taten folgen. Das Recht auf Leben ist kein Ostergeschenk, sondern ein unveräußerliches Menschenrecht, unabhängig von Pass und Hautfarbe.

Damit das Sterben auf dem Mittelmeer nicht zur Selbstverständlichkeit wird, brauchen wir Eure Unterstützung – und damit meine ich nicht (nur), dass Ihr Fördermitglied von Sea-Watch werden könnt, um unsere Arbeit direkt zu unterstützen. Tretet Menschen entgegen, die NGOs als kriminelle Schlepperbanden darstellen und damit den Boden für diese unmenschliche Politik bereiten. Setzt das Thema Seenotrettung immer wieder auf die politische Agenda. Unterstützt die Seebrücke-Bewegung im Ruhrgebiet, der sich bereits rund 50 Städte bundesweit angeschlossen haben. Hat sich Eure Stadt schon zu einem „sicheren Hafen“ erklärt, der Geflüchtete aus Seenot aufnehmen würde? Berlin und Brandenburg möchten nun ein humanitäres Aufnahmeprogramm für aus Seenot ge-

rettete Menschen nach § 23 I Aufenthaltsgesetz aufstellen. In Nordrhein-Westfalen wurde ein entsprechender Antrag im Landtag Anfang April abgelehnt. Trotzdem zeigen die aktuellen Entwicklungen: Wir können auch auf kommunaler und auf Landesebene etwas verändern. Das Sterbenlassen auf dem



Mittelmeer ist nicht Konsens, weder in Deutschland noch in Europa.

Die Unveräußerlichkeit von Menschenrechten darf 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht mehr zur Debatte stehen.

Was antworten wir unseren Kindern und Enkeln, wenn sie uns später ungläubig fragen, wie wir das Mittelmeer zum größten Friedhof Europas lassen werden konnten? Wie konnten wir zusehen, wie erst staatliche Rettungsprogramme abgeschafft und dann die privaten Retterinnen und Retter in Europas Gefängnisse gesteckt wurden? Wie konnten wir zulassen, dass unsere Steuergelder kriminellen libyschen Gruppen gezahlt wurden, damit sie uns vergewaltigend, folternd und mordend die Geflüchteten „vom Hals halten“?

Wir können dann nicht sagen, dass wir davon nichts wussten. Aber wir können jetzt dafür sorgen, dass wir ihnen sagen können: Wir haben uns diesem Unrecht entgegengestellt.

Sophie Scheytt, Jg. 91, Leiterin der politischen Öffentlichkeitsarbeit für Sea-Watch in Deutschland, davor Arbeit für verschiedene NGOs im Bereich Flucht und Migration. Juristin, Studium in Deutschland und Spanien

Friedrich Halfmann, Gaststiege 3, 45721 Haltern am See
den 21.7.2018

An die Staatsanwaltschaft Ingolstadt
Auf der Schanz 37, 45049 Ingolstadt

Betr.: Strafanzeige gegen Herrn Dr. Horst Seehofer

Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich fordere Sie hiermit auf, gegen Herrn Dr. Horst Seehofer wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen § 323c StGB zu ermitteln.

Der Paragraph 323c StGB lautet:

Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen

(1) Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer in diesen Situationen eine Person behindert, die einem Dritten Hilfe, leistet oder leisten will.

Der deutsche Innenminister, Herr Dr. Horst Seehofer, nannte (laut Presseberichten) in einer Sitzung des Innenausschusses des Bundestages als Voraussetzung für deutsche Hilfe für die Geretteten auf dem deutschen Rettungsschiff „Lifeline“: Das Schiff sei „zu beschlagnahmen“ und die deutsche Crew „strafrechtlich zu verfolgen.“ (FR epaper 27.6.2018)

Eine andere Meldung lautete: „Die deutsche Crew müsse zur Rechenschaft gezogen werden. Das habe er auch Heiko Maas (SPD) gesagt, der sich um die Details kümmern werde.“ (FAZ epaper 27.06.2018)

Frau Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin, war Teilnehmerin der Sitzung des Ausschusses.

Herrn Seehofers Äußerungen zielten auf die Unterbindung jeglicher Hilfeleistung der Crew „Lifeline“ (Seenotrettung). Das schließe ich aus der ergänzenden Begründung des Ministers: „Wir müssen verhindern, dass es zu einem Präzedenzfall wird.“ (FAZ epaper 27.06.2018)

Das Schiff mit etwa 230 Geretteten und 17 Rettern, deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern an Bord, war im Juni 2018 mehrere Tage lang an der Beendigung einer bis dahin erfolgreichen Seenot-Rettungsaktion gehindert worden.

Die Gewährung / Zulassung einer konkreten Hilfeleistung seitens der Crew von „Lifeline“ nur unter bestimmten Bedingungen und die angestrebte Kriminalisierung der Seenotrettungs-Aktionen im Mittelmeer durch die Crew der „Lifeline“ insgesamt erfüllen m.E. den Sachverhalt eines Straftatbestandes.

Hochachtungsvoll

Friedrich Halfmann

Die Anzeige wurde eingereicht bei der Staatsanwaltschaft Ingolstadt, dem Heimatort Seehofers, und an die Staatsanwaltschaft Berlin weitergegeben. Sie hat dort das Aktenzeichen Staatsanwaltschaft Berlin, 10548 Berlin

AZ 276 Js 1710/18.Dez.: 7601

Meine letzte Anfrage nach dem Stand der Dinge dort vom 3.1.2019 blieb bis heute unbeantwortet.

Friedrich Halfmann. Jahrgang 1937. Zwischen 1963 und 1973 als Theologe im kirchlichen Dienst tätig, danach mit den Fächern Kath. Rel., SoWi und Psychologie am Marie-Curie-Gymnasium Recklinghausen. Langjährige Mitarbeit in Initiativen gegen Bergbau und Atomenergie sowie in kirchlichen Reformgruppen. Seit vier Jahren Mitglied im Asylkreis Haltern.

Berlin/Frankfurt 3. April 2019

Mittelmeer: Über 250 Organisationen fordern Angela Merkel zum Handeln auf Offener Brief mit drei konkreten Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Angesichts des Sterbens auf dem Mittelmeer und der katastrophalen Lage in Libyen wenden sich mehr als 250 zivilgesellschaftliche Organisationen in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin. PRO ASYL, Ärzte ohne Grenzen, Amnesty International, Sea-Watch, Seebrücke, Diakonie, Caritas, Brot für die Welt, Misereor, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die vielen weiteren unterzeichnenden Organisationen kritisieren: „Wir sind erschüttert angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt. Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar.“

Eine völkerrechtsbasierte Seenotrettung auf dem Mittelmeer muss sichergestellt werden. Die EU hat sich verpflichtet, Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren. Es ist ein Skandal, dass zivile Helfer*innen kriminalisiert werden, die der unterlassenen Hilfeleistung der europäischen Staaten nicht weiter zusehen wollen.

Das Bündnis, darunter Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Seenotrettungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbände, fordert eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik:

1. Notfallplan für Bootsflüchtlinge: Aufnahmebereite Mitgliedsstaaten müssen in einem geordneten Verfahren aus Seenot gerettete und in EU-Mittelmeeranrainerstaaten gestrandete Schutzsuchende solidarisch aufnehmen. Der Europäische Flüchtlingsrat hat dazu einen praktikablen Vorschlag ausgearbeitet, der im Rahmen des geltenden Europarechts sofort zur Anwendung kommen kann.

2. „Sichere Häfen“ ermöglichen: Viele deutsche Städte und Kommunen haben sich bereiterklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Für sie muss eine Möglichkeit geschaffen werden, freiwillig zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen.

3. Keine Rückführung nach Libyen: Nach Libyen zurückgebrachte Flüchtlinge sind systematisch Folter, Versklavung und Gewalt ausgesetzt. Jede Unterstützung und Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache muss eingestellt werden. Die EU und Deutschland müssen das Non-Refoulement-Gebot als zwingendes Völkerrecht achten und umsetzen.

Die aktuelle Politik muss beendet werden, denn sie bedroht nicht nur das Leben von Menschen, sie setzt auch unsere eigene Humanität und unsere Werte aufs Spiel.

Der „Offene Brief“ findet sich hier: <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Offener-Brief-an-die-Bundeskanzlerin-4.pdf>

Marion Lillig

Ankerzentren – ein Erfahrungsbericht

Im Frühjahr 2018 erfolgte die Ankündigung von Horst Seehofer, Ankerzentren statt der bisherigen Unterbringungseinrichtungen von Flüchtlingen einzurichten, Teil des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD nach den Bundestagswahlen in 2017. Das Bundesinnenministerium begründete die neue Gesetzgebung mit der von den Kommunen geäußerten Überforderung ihrer Ausländer- und Sozialbehörden und den nicht mehr leistbaren Kosten für die Flüchtlingsunterbringung in den Städten und Gemeinden. In einem Schreiben des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI) vom 14.6.2018 heißt es dazu: *„Ziel der Landesregierung ist es, die Kommunen zu entlasten, damit sie sich vor allem auf die Integration von Personen, die ein Bleiberecht haben, konzentrieren können. Daher soll im Rahmen des Landesaufnahmesystems dafür Sorge getragen werden, dass jene Personen, die nach Prüfung in einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht schutzberechtigt sind, möglichst konsequent bereits aus den Landeseinrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.“* (AZ 522-39.1803-17/175)

Seehofers Ziel: alles in einem Hause, vom Asylantrag bis zur Entscheidung und auch evtl. Ausreise der Asylsuchenden mit dem Versprechen, das würde auch die Verfahren beschleunigen. Laut Koalitionsvertrag sollte es eine längste Verweildauer von 18 Monaten geben, eine Belegung pro Zentrum bis zu 3.000 Personen. Das Land NRW hat allerdings in seinem Asylstufenplan ab 2018 eine längste Verweildauer von zwei Jahren beschlossen und geht damit weit über den Koalitionsvertrag hinaus.

Was ist ein Ankerzentrum?

Zunächst einmal sind ‚Ankerzentren‘ ein gelungener Euphemismus aus ‚Ankommen, Entscheidung und Rückkehr‘ für Lager, in denen (mittlerweile nachweislich) das Rückkehrmanagement einen größeren Raum einnimmt als ein faires Asylverfahren. Doch der Begriff verleitet BürgerInnen, die sich nicht ausführlich mit der Thematik beschäftigen, zu der Annahme, es handele sich um Einrichtungen, in denen Flüchtlinge herzlich aufgenommen, gut betreut und umsorgt werden. Ein Anker eben. Doch wie ist die Realität?

Eine Rechtsgrundlage für Ankerzentren existiert bisher nicht. Das Asylgesetz (AsylG) kennt nur die „Aufnahmeeinrichtung“ (§47 AsylG), die „besondere Aufnahmeeinrichtung“ (§30a AsylG) und die „Gemeinschaftsunterkunft“ (GU § 53AsylG). Allen gemeinsam ist bspw., dass die BewohnerInnen einem Arbeitsverbot unterliegen und Kinder nicht zur Schule gehen dürfen, da sie laut Schulgesetz keiner Kommune zugewiesen sind. Dies gilt nun auch für die neuen Zentren. Einige Wochen ohne Beschulung könnte man akzeptieren, aber Monate oder Jahre?

Ich starte zur Eröffnung der Ruhrfestspiele am 1. Mai 2018 auf dem Grünen Hügel in Recklinghausen eine Aktion gegen die Verstöße von Kinderrechten in einer solchen geplanten Landeseinrichtung. Nicht nur die fehlende Beschulung kla-

ge ich an, sondern dass Kinder in solchen Lagern keine Freiräume haben, evtl. Abschiebungen direkt miterleben müssen, nur am Essen der Sammelunterkunft teilnehmen können, etc. Die Unwissenheit der Besucher des Volksfestes ist groß, aber auch die Empörung derer, die ich in Gesprächen erreiche.

Mein weiterer Kritikpunkt betrifft die Standorte vieler Einrichtungen in NRW, weitab von Städten und die Isolierung der erwachsenen Flüchtlinge dort durch das verordnete Arbeits-, Praktikums-, und Ausbildungsverbot, marginale Sprachkursangebote und fehlenden Kontakt zur Bevölkerung.

Die Gewerkschaft der Polizei äußerte sich dazu bereits am 12.4.2018 in einem langen, offenen Brief an den Innenausschuss des Bundestages: *„Örtlich handelt es sich oft um alte, abseits gelegene Kasernengelände. (...) Die GdP sieht in diesen Lagern, in denen zukünftig Neuankömmlinge mit Abzuschubenden zusammengesperrt werden, ein erhebliches Aggressions- und Gefährdungspotential heranwachsen. Aus präventiven Gründen kann der Bildung solcher Lager mit den beschriebenen Bedingungen aus polizeilicher Sicht nicht beipflichtet werden.“* Und weiter:

„Eine generelle und individuell sachgrundlose Internierung zum Zwecke der Durchführung des Verwaltungsverfahrens und darüber hinaus erscheint in ihrer Grundkonzeption bereits fraglich.“

Alle Wohlfahrtsverbände und auch die Fraktion der Grünen äußern sich im Laufe des Jahres 2018 kritisch zu den Plänen der Landesregierung in ausführlichen, schriftlichen Stellungnahmen und auf Veranstaltungen, an denen NRW-Integrationsminister Dr. Stamp oder Staatssekretär Bothe teilnehmen. Beide Herren erlebe ich besonders erbost, wenn das Wort „Lager“ fällt bis hin zur Drohung, nicht weiter an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Sprachregelung der Landesregierung NRW erlaube ausschließlich ZUE, d.h. Zentrale Unterbringungseinrichtung, man distanzieren sich auch von „Ankerzentren“, NRW ginge einen eigenen Weg. Ein substantieller Unterschied ist allerdings nicht erkennbar.

Besonders interessiert uns von Seiten der regionalen Asylkreise, wie das gut aufgebaute und tatkräftige Ehrenamt in ZUEs eingebunden werden könnte. Es gibt zwar im Vergabeverfahren der Betreiber einen kurzen Absatz dazu, aber nichts Konkretes.

Um uns ein Bild zu machen, telefoniert Pfarrer Christian Hüging, Synodalbeauftragter für Flüchtlinge des Evangelischen Kirchenkreises Recklinghausen, mehrere Einrichtungen ab, fragt nach einer Besuchsmöglichkeit und erhält nur Absagen. Dann stellt er eine schriftliche Anfrage und erhält wiederum eine Absage der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg. Man müsse die Flüchtlinge schützen, so seien bspw. in Wickede zahlreiche vulnerable Personen untergebracht. Wir sollen es woanders versuchen (wo, schreibt man uns nicht).

Über persönliche Kontakte erhalte ich im September 2018 die Handynummer eines Mitarbeiters der ZUE Wegberg am

Niederrhein. Ich rufe ihn an und seine erste Frage lautet: „Woher haben Sie meine Nummer? Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie bitte die Bezirksregierung Köln an.“ Das zuständige Dezernat stimmt einem Besuch zu! Aber: Wir (meine Kollegin vom Caritaszentrum Haltern und ich) sollen vorab unsere Passfotos und unseren Fragenkatalog senden, danach käme die Anfahrtsskizze zum Termin am 23.10.2018.

„Besichtigung“ der ZUE Wegberg

Die ZUE Wegberg befindet sich in einem vormals britischen Militärcamp weit außerhalb der Stadt, umgeben von Wald. Das Navi erkennt nichts mehr und wir erfragen den weiteren Weg bei einer Spaziergängerin. Verschlossenes Tor, ich steige aus, ein Mitarbeiter der Security kommt aus dem Wachhäuschen.

Ich nenne meinen Namen, er weiß Bescheid, öffnet das Tor und wir fahren vor. Er bittet uns beide hinein und fragt nach unseren Personalausweisen. Er scannt sie in ein Handy ein. Ich frage, was das soll und was mit unseren Daten passiert. Er sagt, das wisse er nicht, aber das sei Vorschrift. Wir müssen uns nacheinander für ein Foto vor eine weiße Wand stellen. Die Personalausweise bleiben da und wir erhalten einen Besucherausweis zum Umhängen.

Der Wachmann sagt, er würde nun vorausfahren, wir sollen seinem Wagen folgen. Es geht ca. einen Kilometer durch eine gut ausgebaute Waldstraße, dann sieht man viele kleine Wohnhäuser. Er hält vor einem großen Zentralgebäude, wir steigen aus, gehen gemeinsam hinein. Dort meldet uns der Mann an einer Art Rezeption an. Wir sollen warten und würden abgeholt.

Ein Mitarbeiter der Bezirksregierung Köln und die Leiterin der ZUE vom Träger ZOF (Zukunftsorientierte Förderung) berichten uns in ihrem Büro ca. drei Stunden ausführlich vom Betrieb. Wir haben keine Möglichkeit, mit Flüchtlingen zu reden. Das Thema Ehrenamt bleibt schwammig, man habe Angst vor dem Einfluss rechter Gruppierungen und Salafisten, die Flüchtlinge müssten geschützt werden, so der Tenor, daher würde ehrenamtliche Mitarbeit nur sehr bedingt zugelassen. Ohne rechtzeitige Anmeldung gebe es keine Erlaubnis, Flüchtlinge zu besuchen und der Kontakt sei nur in Gemeinschaftsräumen erlaubt, nicht in den Wohnräumen. Zum Ende des Besuchs zeigt man uns ein leeres Wohnhaus und beschreibt daran, wie die Personen der bewohnten Häuser untergebracht sind, meist 4-Bettzimmer mit je zwei Doppelstockbetten. Ein eingerichtetes Haus dürfen wir aus Rücksicht auf die Bewohner nicht betreten.

Der Besuch hinterlässt ein nachhaltig lähmendes, beklemmendes Gefühl, obwohl das Gespräch freundlich geführt wurde. In mir entsteht der Eindruck: Das ist eine totale Institution. (vgl. dazu den Beitrag von Dr. Dr. Bammann in diesem *AMOS*, S. 13)

Zurzeit ist die ZUE Wegberg geschlossen (so wie die ZUE Euskirchen und Bad Driburg), da der Geschäftsführer des Betreibers ZOF wegen Steuerhinterziehung und Vorteilsnahme angezeigt wurde. Die BewohnerInnen wurden in andere ZUEs umverteilt. Eine Wiederaufnahme des Betriebs mit anderen Trägern ist geplant.

Da sich die Informationen/Fakten unserer Gesprächspartner in Wegberg mit meinem zweiten Besuch in Ibbenbüren in fast allen Punkten decken, verweise ich dazu auf den hier folgenden Bericht.

Faktencheck in Ibbenbüren

Im Januar 2019 erhalte ich eine Einladung des Verfahrensberaters der ZUE Ibbenbüren. Die Einrichtung wird aktuell durch weitere Container ausgebaut, da das Land NRW dort eine Belegungszahl von 1.000 Personen anstrebt.

Im Volksmund heißt sie „oben auf dem Berg“, da sie ca. drei km aufwärts der Stadt Ibbenbüren im Wald liegt. Das Belegungsmanagement erfolgt über den Betreiber DRK. Flüchtlinge dürfen die Einrichtung jederzeit verlassen, durch einen Chip wird jedoch die An- und Abwesenheit kontrolliert. Die neuen Container erhalten elektronische Schlüssel um den Zugang zu regeln. Bei Rückkehr finden Taschenkontrollen statt, auch nächtliche Anwesenheitsprüfungen sind Standard. Bei unentschuldigter Abwesenheit von mehr als 72 Stunden gilt man als „abgemeldet“ und eingehende Post gilt als „unzustellbar“. Das kann ein entscheidender Faktor für das Asylverfahren sein!

Ein konkretes Betreuungsangebot der BewohnerInnen wird durch den Betreiber nicht offengelegt. In der ZUE gibt es Spielangebote für kleine Kinder, jedoch keinerlei Beschulungsangebot für eigentlich schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Besuche in den Zimmern sind nicht erlaubt. Dienstags wird das Taschengeld ausgezahlt und nur ein Termin beim BAMF oder der Polizei ist ein Entschuldigungsgrund. Selbst Anwalts- oder Arzttermine müssen verschoben werden, ansonsten verfällt der Anspruch. Sprachunterricht wird getrennt für Männer und Frauen angeboten.

Der Verfahrensberater hat das Problem, dass seine Beratungsstelle aufgrund der örtlichen Lage (in einem Container gemeinsam mit der Zentralen Ausländerbehörde, wo die Ausreisegespräche und Belehrungen über freiwillige Ausreisen stattfinden) nur von wenigen BewohnerInnen aufgesucht wird. Um sich als Beratungsstelle kenntlich zu machen und für Vertrauen zu werben, hat er an seiner Tür folgenden Aushang in sechs Sprachen angebracht: „Wir arbeiten nicht für die Regierung.“ Er darf die BewohnerInnen zur Beratung nicht selbst aufsuchen. Auch von ihm bestellte Dolmetscher dürfen das Gelände nicht alleine betreten, er holt sie nach einem Anruf der Security am Eingang der ZUE ab und begleitet sie wieder zurück.

Die anwesenden Mitglieder des Asylkreises und kirchlicher Träger beklagten, dass ihnen ein Zugang in die ZUE regelmäßig verwehrt wird, mit der Ausnahme eines einmaligen Besuches des Superintendenten des Kirchenkreises dort. Das Land hat zwar eine interne Beschwerdestelle für Flüchtlinge eingerichtet, es gelangen jedoch keine Informationen nach außen. Außenstehende dürfen die Beschwerdestelle nicht in Anspruch nehmen.

Mein ernüchterndes Fazit:

Ankerzentrum bedeutet Desintegration und Isolation von suchtsuchenden Menschen, ist staatlich verordnete Intransparenz in Lagern durch mangelnden Einblick in konkrete Ausschreibungsinhalte zur Vergabe an Betreiber, ist damit ein offenes Tor zu Missbrauch öffentlicher Gelder (Beispiel ZOF) und ein kompletter Roll-back der bisherigen, erfolgreichen Flüchtlingspolitik seit 2015 zurück zu alten Fehlern.

AMOS

Zentrale Unterbringungs-Einrichtung (ZUE) Marl

Eindrücke vom Tag der offenen Tür, 15.05.2019

Man wird in Gruppen von Angestellten des Betreibers European Homecare (s. Bericht über EHC in diesem AMOS, S. 11) geführt, niemand soll sich allein bewegen.

Die ZUE ist nicht fertig, Zäune (*sehr wichtig!*) werden noch aufgestellt, es wird gestrichen, Schränke werden gebaut, etc.

Der Zugang aufs Gelände erfolgt über einen mit Stahlstäben gesicherten Container, Sitz der Security-Firma.

Am „Empfangsbereich“ im Haus werden alle Probleme „koordiniert“. Der multilinguale Vertrauensmitarbeiter sitzt hinter einer großen Glasfront.

Der Umfeldmanager hat für die Eröffnung drei Gerbera, eine Orchidee und eine Topfpflanze im Eingangsbereich aufgestellt.

Eine vierte Gerbera befindet sich im möblierten aber leeren Aufenthaltsraum im Obergeschoss.



Foto: Stadt Marl / Lokalkompass

Rechter Hand sind die Essensräume: lange Tischreihen mit Stühlen. Und als „Schild“ eine alte Kopie: Handys verboten! „Nur zum Schutz der essenden Menschen“ wird dazu erläutert. Es sollen noch Fernseher angebracht werden, damit die Menschen Informationen während der Mahlzeit bekommen. Das störe wiederum nicht, erklärt der Umfeldmanager.

Alle „Schilder“ in der ZUE sind alte, wieder verwendete Kopien, teils nicht laminiert, teils noch von 2015.

Ein weiteres, in die Jahre gekommenes Schild hängt an der Wand: „Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.“ Es ist übersetzt in Englisch und Arabisch (*andere Kulturen haben offenbar keine Probleme mit dieser Thematik*).

Ein letztes „Schild“: „Rucksäcke und Taschen verboten“

Es gibt Essen zu drei festen Zeiten, die keiner der Anwesenden benennen kann. Frage: „Lebensmittel auf den Zimmern?“ Antwort: „Bitte nicht.“

Es geht zurück durch den Flur, in dem gebastelte Relikte vergangener Tage an Wänden und Decken hängen. Nach Renovierung sieht es hier nicht aus. Hier befinden sich die ersten beiden Toiletten älteren Semesters, immer Gemeinschaftstoiletten. Auch hier viele Hinweiszettel darüber, was man alles nicht mit seinem Stuhlgang und überhaupt machen darf. (*Die Menschen, die kommen, müssen Wilde sein. Dabei begegnen wir ihnen doch mit so viel Respekt und Würde ... ich verstehe das nicht.*)

Von diesem Flur geht es in die „Sani-Station“. Der Betreiber stellt hier das Pflegepersonal, multilingual und natürlich sind immer beide Geschlechter vertreten (*gut, dass es keinen Pflegenotstand gibt...*). Die Angestellten des Betreibers ent-

scheiden dann, ob man einen Behandlungsschein für einen externen Arzt bekommt. Leider ist die Station nicht fertig (*bleibt zu hoffen, dass die erste „Ladung Flüchtlinge“ keine Kranken beinhaltet*).

Wir gehen in den ersten Stock: der „Frauenflur“. Er wird gerade im Treppenhaus rosa gestrichen, damit man ihn erkennt (*kreativ gelöst*). Später erklärt die Bezirksregierung, dass dieser auch nur mittels Chip betreten werden kann – „zum Schutze der Frauen“. Diese Anlage ist leider noch nicht installiert (*also hoffentlich auch keine schützenswerten Frauen im Transfer*).

Die ZUE bietet sich deshalb im Besonderen für vulnerable Personen an. Der rosa Flur ist (*wird*) also safe... bis man duschen will.

Kinderwagen müssen unten bleiben. Einen Fahrstuhl gibt es nicht. Man erklärt uns, dass es in anderen Häusern Fahrstühle geben würde, diese aber immer durch die Bezirksregierung gesperrt würden.

Die Zimmer können mit 4 bis 8 Personen belegt werden. Es gibt pro Person einen ca. 40 cm breiten Spind mit fünf kleinen Fächern. Es sind keine Haken an den Wänden oder Kleiderstangen (*bestimmt zum Schutz vor Suizidalität*). Leider sind die Schränke nicht an den Wänden befestigt. Ich gebe den Hinweis, dass das zum Klettern einladen könnte...

Beim Öffnen fällt zudem die Tür ab... Der Innenraum weist (*appetitliche*) braune Gebrauchsspuren auf.

An den Fenstern sind weder Vorhänge, noch ein Sichtschutz oder Verdunkelungshilfen angebracht. (*Das kann aus zweierlei Aspekten sinnvoll sein: Zum einen kann das Umfeld die Unterkunft sofort am Hottentotten-Style mit vielen bunten Laken an den Fenstern erkennen und zum anderen können die Familien ihre Handtücher und Jacken sowieso nirgends anders aufhängen, warum dann also nicht die Fenster damit abdunkeln? Winwin!*)

Vorhandene Waschbecken sind sichtlich demontiert worden, also kein fließendes Wasser in den Zimmern mit Kindern (*kostet ja Geld. Und die langen schwarzen Haare verstopfen die Abflüsse, gut durchdacht*).

Der sehr lange Flur bietet leider keine Toilette. Wo die Duschen sind, weiß keiner so richtig, weder Umfeldmanager, Sozialarbeiterin noch Security. Irgendwann finden wir sie: aus dem Flur raus in einen anderen Flur, rein durch die Tür mit dem Schild „Verwaltung“ – hier gibt es scheinbar einen neuen Boden – und dann kommen schon nach einem weiteren Flur die Duschen! Auf dem Rückweg zähle ich die Schritte bis zum Zimmerflur, bei 60 vergesse ich zu zählen und bin noch nicht beim erstmöglichen Zimmer. (*Mit Kindern und Duschzeug und Handtüchern und Kleidung durch den Verwaltungsflur ist sicher im Winter eine lustige Aktion, aber vielleicht können die Menschen ja die Dinge auf dem Kopf transportieren? Macht man das in den Kulturen nicht so? Und gehen eigentlich auch Männer in die Verwaltung?*)

Leider steht an einigen Stellen Wasser auf dem gefliesten Boden bzw. Kalkflecken von stehendem altem Wasser. (*Der Fliesenleger muss eine schlechte Ausbildung gehabt haben, vielleicht einer der 80-Cent-AGHler vom Betreiber?*)

An den zerknüllten Duschvorhängen sind braune Flecken von vorherigen Nutzern. Eine Kollegin fragt, ob man seine Kinder unter den ca. 2,20 m hohen Duschkopf halten soll?

Nein, es gebe ja Babywannen, die könne man füllen und schleppen. (*Haare ausspülen? Mit fließendem Wasser? Überbewertet!*) Es gibt aber eine ganze Steckdose.

Übrigens suchen wir auch hier im Badezimmer Haken, leider vergeblich. (*Man kann seine Handtücher vielleicht in die stehenden Wasserreste der Vorgänger legen?*)

Die Plastikstangenkonstruktion, die die Vorhänge hält, ist leider nicht richtig gesteckt, sodass wir auch hier, wie schon bei der Schranktür, versuchen zu reparieren.

Auf dem Rückweg entdeckt man in allen Fluren überall grüne selber ausgeschnittene Pfeile mit Klebeband an den Wänden befestigt: „Exit“. (*Manch alte Pfeilspitze rollt sich schon lustig auf.*)

Dann ein DIN-A-4-„Schild“ verloren an einer Wand: „Deutschunterricht Mo, Mi und Fr für 1,5 Std“, für Anfänger und Fortgeschrittene.

Auf Nachfrage weiß keiner, ob dies das aktuelle „Konzept“ ist, oder es einfach noch von 2015 da hängt. Keiner kann das Konzept genau beschreiben, bis ein Mensch, der die Einrichtung früher bereits (*über den gleichen Betreiber?*) als Notaufnahme begleitet hat, mir erläutert, dass ein 15-Ordner-Konzept existiert. Dieses Konzept sei eigens entwickelt. In die Ordner könne jede Lehrperson bei Fluktuation einfach einsteigen. Es beinhaltet ganz viel über das Leben in Deutschland. (*Klasse, so weit so gut: es dauert ganze zwei Monate. Was passiert, wenn jemand 18 Monate bleibt?*)

Auf Nachfrage in Bezug auf den Schulunterricht antwortet die heute angestellte Sozialarbeiterin, dass dies gesetzlich nicht vorgesehen sei. (*Diese Antwort kennt sie schon. Es gibt also nichts! Die Schulkinder haben keine Aufgabe.*)

Die Kleineren gehen in den „Kindergarten“, dieser ist noch mit rotem Absperrband gesperrt. Wir gehen hindurch und sehen wieder die rosa Farbe vom Frauenflur mit grün und blau. Unbenutzte Türen sind damit angemalt und drei unsymmetrische Häuser an die Wand gezeichnet. Der noch arbeitende Maler (*multilingual*) gibt sein Bestes. Ansonsten liegt ein alter Spielteppich auf dem Boden und in einem angrenzenden Raum sind alte Hanteln.

Spenden für die Kinder? Gerne direkt beim Betreiber abgeben, die gucken das dann durch.

In diesem Flur gibt es auch die Kleiderkammer und den Bereich für Sanitärartikel. (*Die Flüchtlinge können also ihr ganzes Geld für sich selbst ausgeben!*) z.B. für Zigaretten erklärt man uns.

Es geht dabei um 30 Euro Taschengeld in der Woche, immer dienstags von 10:00 – 12:30 Uhr abholbar.

Rechtsbeistand finanzieren? Wofür? Es gibt ja die Verfahrensberatung, erklärt uns eine dazugekommene Mitarbeiterin der Bezirksregierung. Ob diese männlich sei? Ja, aber der Dienstleister garantiere, dass man nach einer Frau fragen könne, diese käme dann zu Besuch.

Bei missbrauchten Frauen merkt das (*zum Glück*) der Betreiber und fragt sonst auch beim Dienstleister nach. Ach ja, Datenaustausch darf es natürlich nicht geben. Der beratende Dienstleister weiß also nie, wer neu ist und wer eine rechtliche Unterstützung braucht. Beschilderung für die Verfahrensberatung? Noch nicht, aber es wird ja in der Hausordnung und der „Begrüßungsveranstaltung“ für alle neu eingereisten „Gäste“ (*in der Hotellobby?*) erläutert (*multilingual, versteht sich*).

Die schlimmste Info an dieser Stelle: Der Antrag **und** das Interview sind schon in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) gelaufen! An Tag 9 ist dies dort wohl spätestens der Fall. Die Verfahrensberatung agiert also nur noch in Bezug auf den negativen Bescheid. Es gibt keine Vorbereitung auf das alles entscheidende Interview beim BAMF.

Des Weiteren zeigt man uns den Waschraum für alle: sieben(!) Waschmaschinen plus Trockner. Ein Angestellter bedient sie: die Menschen geben einfach einen der kaputten, alten, dreckigen nummerierten Körbe ab und bekommen eine Nummer zum Abholen. (*full service!*) Insgesamt gibt es neun Geräte für bis zu 250 Personen.

Wenn die Männer aus den oberen, nicht pinken Etagen duschen wollen, müssen sie angeblich durch den Speisesaal im Erdgeschoss. Oberhalb des rosa Flurs gibt es anscheinend keine Duschen mehr.

Draußen gibt es einen Sandkasten, er wird z.Zt. noch eingezäunt. Wir erklären der jungen Frau der Bezirksregierung, dass es ja nett wäre, wenn sich auch ein blondes Kind dahin verirren würde, so mitten in der Stadt. Dies sei ja so nicht gewollt: „Fremde auf dem Grundstück.“ Meiner Kollegin wird durch den Betreiber erläutert, dass dies auch zum Schutze der Kinder sei, damit sie mit „ihren“ Bobbycars nicht auf die Straße rollen. Anwesende Bürger aus der Umgebung freuen sich über die Fürsorge des Betreibers.

Wir erfahren, dass manch ein Angestellter noch parallel in der Abschiebehaftanstalt arbeitet,

dass der Leiter vorher der ZUE Willich vorstand, die der Betreiber abgeben musste,

dass der Koordinator der Betreiberfirma nicht nur für NRW, sondern auch für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zuständig ist. Er habe zum Glück ein schnelles Auto, erläutert er uns smart.

Wir werden dafür kämpfen müssen, diese schlimmen Zustände nicht nur öffentlich zu machen, sondern von den Menschen abzuwenden, die hier untergebracht werden sollen!

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS
IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Bochum | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund † | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Marion Lillig und Hartmut Dreier

Titelbild: Manfred Walz

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Endredaktion/Layout: Axel Lippek

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Einzelpreis: 5,00 €

Abo-Preis: 20,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Werner Nienhüser

Wie man mit der Not von Menschen Geld verdient – der Fall „European Homecare“

Kann man mit der Not anderer Menschen Geld verdienen? Das Unternehmen „European Homecare“ (EHC) mit Sitz in Essen ist ein Beispiel dafür, wie man mit der „Unterbringung, Versorgung und sozialen Betreuung“ von – wie das Unternehmen sagt – „sozialen Randgruppen... im Auftrag der öffentlichen Hand“ (<https://www.eu-homecare.com>) Gewinne erwirtschaftet.

Wie sieht es mit der Profitabilität und den Risiken für das Unternehmen aus? Und wie ist die Qualität der Leistungen einzuschätzen? Ich habe die Geschäftsberichte des Unternehmens aus den Jahren 2012 bis 2016 (verfügbar über www.Bundesanzeiger.de) sowie Zeitungsberichte und Blogbeiträge analysiert.

Profitabilität

EHC ist der größte Betreiber privater Flüchtlingsheime in Deutschland. Das Unternehmen ist hoch profitabel. 2016 erwirtschaftete es bei einem Umsatz von knapp 278 Mio. Euro einen *Jahresüberschuss (Gewinn)* von rund 32 Mio. Euro. 2012 waren es noch 825 Tsd. Euro – eine Vervierzigfachung in fünf Jahren. Die *Eigenkapitalrendite* (Verzinsung des eingesetzten Kapitals) liegt bei satten 67 Prozent. Auch in den Jahren 2012 bis 2015 wurden ähnliche Renditen erzielt. Zum Vergleich: 2018 lag die durchschnittliche Rendite aller profitablen DAX30-Unternehmen bei rund 14 Prozent, eine Rendite von 20 Prozent gilt als sehr hoch (siehe dazu die Quellenhinweise am Schluss des Textes).⁽¹⁾ Auch der *Gewinn pro Mitarbeiter* (das Personal der Subunternehmen ist hier nicht enthalten) von 12 Tsd. Euro (in 2016) ist ein Indikator für den betriebswirtschaftlichen Erfolg von EHC. Die *Fremdleistungsquote* (FLQ; der Anteil der Fremdleistungen an den gesamten Aufwendungen) ist mit 37 Prozent (in 2016) hoch. Man kann vermuten, dass das Unternehmen sehr viele Aufträge an Subunternehmen vergibt.

Insbesondere in der Phase, in der der Bedarf an Unterkünften und deren Management sehr hoch war, dürfte EHC in einer sehr starken Verhandlungsposition gewesen sein. Zu fragen ist, wie viel Euro pro Monat für einen Flüchtling und welche Pauschalen für die Gebäudebetriebe EHC erhält. Die Kosten für die Landkreise, Gemeinden bzw. Städte variieren erheblich. 2015 lagen die Kosten der monatlichen Grundversorgung pro Flüchtling zwischen 132 und 1.500 Euro, mit einem Mittelwert von 652 Euro.⁽²⁾ Die WAZ berichtet: „Für die eilends bereitgestellten Plätze in den bis zu zehn Zeltdörfern berechnete EHC der Stadt... exorbitante Sätze von im Schnitt 2.029 Euro pro Monat und Flüchtling.“⁽³⁾

Qualität der Leistungen

Das Unternehmen kommt seit Jahren immer wieder durch Skandale in die Schlagzeilen: Berichtet wird z.B. von Lohndumping⁽⁴⁾, sogar von Misshandlungen von Flüchtlingen⁽⁵⁾. Die Bezirksregierung Köln hat 2018 den Vertrag mit

EHC für die Großeinrichtung in Sankt Augustin gekündigt. „Fehlendes Personal, schlampige Belegungslisten, verschimmelttes Essen, unkorrekte Impf-Dokumentationen – nach einem monatelangen Papier-Krieg um die Betreuungsqualität in der Zentralen Flüchtlingsunterkunft Sankt Augustin hat das Land den privaten Dienstleister European Homecare vor die Tür gesetzt.“⁽⁶⁾

Die *Risiken* für das Unternehmen scheinen (bei gegebener Flüchtlingszahl) insgesamt eher gering zu sein, da die Grundversorgung für jeden Flüchtling durch den Staat gesichert ist. Bei Veränderungen der Flüchtlingszahl dürfte das Unternehmen seine Kapazitäten durch betriebsbedingte Kündigungen und durch weniger Zukauf von Fremdleistungen rasch anpassen können.

Wenn ein Unternehmen sehr hohe Gewinne und Kapitalrenditen erzielt und zugleich schlechte Leistungen erbringt, dann deutet dies darauf hin, dass hier Kapitaleigner auf Kosten der Allgemeinheit (möglicherweise auf Kosten des Personals und der Klienten oder Kunden) ihre Geschäfte machen. Notwendige Reformen setzen allerdings Transparenz, z.B. durch Einsicht in Verträge zwischen Unterkunftsbetreibern und staatlichen Auftraggebern voraus. Diese Transparenz fehlt weitgehend.

⁽¹⁾ <https://boersengefluester.de/alle-30-dax-aktien-im-schnelldurchlauf>; vom 20.4.2018

⁽²⁾ <https://correctiv.org/aktuelles/flucht-und-migration/2016/05/12/fluechtlinge-als-geschaeftsmodell>; vom 12.5.2016

⁽³⁾ <https://www.waz.de/staedte/essen/european-homecare-macht-gute-geschaefte-mit-asyllheimen-id213964831.html>; vom 10.4.2018

⁽⁴⁾ https://www.nw.de/lokal/kreis_herford/herford/22068840_Vorwurf-Lohndumping-auf-Kosten-der-Fluechtlingsbetreuer.html; vom 25.2.2018

⁽⁵⁾ <http://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/bewach/kennen-wir-nur-aus-guantanamo-sicherheitsdienst-misshandelt-asyllbewerber>; vom 3.5.2019

⁽⁶⁾ <https://www.wr.de/politik/streit-land-kuendigt-essener-firma-european-homecare-id215635917.html>; vom 24.10.2018

Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrages ist online verfügbar: <https://tinyurl.com/ProfitMitNot>

Werner Nienhüser ist Professor für Betriebswirtschaftslehre, insb. Arbeit, Personal und Organisation, an der Universität Duisburg-Essen (mehr Informationen: www.udue.de/wn).

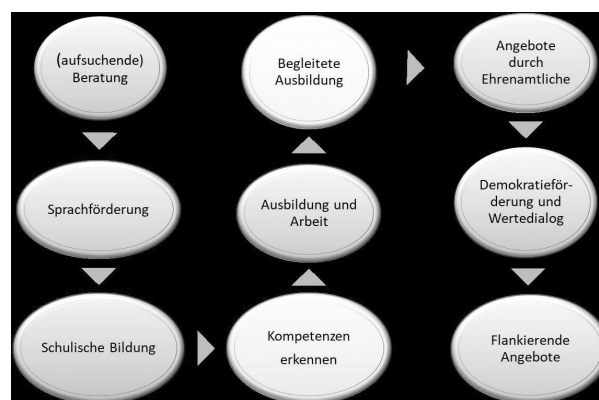
Im März schrieb Matthias Korfmann unter der Überschrift „European Homecare verliert Wettbewerb um Flüchtlingsheime“ u.a.: „... European Homecare aus Essen darf offenbar die Flüchtlingsheime in Rheine und Ratingen nicht weiter betreiben. ... Die Mitarbeiter dort fürchten nun um ihre Arbeitsplätze ... Auch in Willich bereiten sich die Mitarbeiter von European Homecare darauf vor, dass die dortige Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge zum 30. Juni geschlossen wird. ... European Homecare hatte ungewöhnlich schlechte Bewerbungen für den Weiterbetrieb der Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in Rheine und Ratingen eingereicht. ... Verdi-Sekretär Özay Tarim vermutet einen Zusammenhang mit der Gründung von „sehr starken“ Betriebsräten in Rheine und Ratingen.“

Gerd Specht

Auswirkungen der Ankerzentren auf Bildungseinrichtungen

RE/init e.V. arbeitet seit 22 Jahren in der Emscher-Lippe Region (Kreis Recklinghausen, Gelsenkirchen und Bottrop) an 3 Standorten mit insgesamt 140 MitarbeiterInnen. Wir stehen für eine gleichberechtigte, demokratische Gesellschaft, für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Generationen, Geschlechter, Nationalitäten, Kulturen sowie Weltanschauungen und Religionen. Seit 10 Jahren engagieren wir uns daher auch in den Bereichen der Demokratieförderung, Wertevermittlung, Radikalisierungsprävention und Ausstiegsberatung. Seit 2009 sind wir koordinierender Träger eines Integrationsnetzwerkes für Geflüchtete in der Emscher-Lippe Region, das ca. 4.000 Geflüchtete erreicht und über 45% in Schulische Bildung, Ausbildung und Arbeit vermittelt hat. Kooperationspartner in diesem Netzwerk sind Caritas Haltern-Datteln, VESTISCHE ARBEIT jobcenter Kreis Recklinghausen, Diakonie im Kirchenkreis Recklinghausen, RevierRessourcen Gelsenkirchen und Caritas Bottrop. Am Beispiel von RE/init e.V. werden die Auswirkungen von Anker-Zentren auf Bildungseinrichtungen exemplarisch dargestellt.

Die Rahmenbedingungen der Ankerzentren (abgelegene Standorte, ehemalige Kasernengelände, Industriegebiete, umgeben von Zäunen, Kontrolle durch Sicherheitsdienste, keine oder unzureichende infrastrukturelle Anbindung, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip, weitgehende Isolation und hohe Belastungen für Geflüchtete) verhindern bzw. erschweren erheblich die soziale und berufliche Integration Geflüchteter, insbesondere den Zugang von RE/init zu den Geflüchteten sowie die ganzheitliche Unterstützung durch unsere zahlreichen Angebote (vgl. Schaubild Förderkette). RE/init als Bildungsträger wird keinen oder allenfalls einen sehr beschränkten Zugang zu den Ankerzentren erhalten und die Geflüchteten haben aufgrund der Residenzpflicht und des Sachleistungsprinzips keine oder nur äußerst geringe Möglichkeiten, zu unserem Standort in zentraler Citylage von Recklinghausen zu kommen. Da Geflüchtete in Ankerzentren keinen oder nur einen begrenzten Zugang zu Sprach- und Integrationsangeboten haben und nicht arbeiten dürfen, können sie an unseren Schulungsstandorten nur in Einzelfällen an Sprach- und Qualifizierungsangeboten teilnehmen, die EhrenamtlerInnen durchführen oder die RE/init über Spenden oder mit freien Mitteln finanziert. Darüber hinaus können Geflüchtete nicht mehr an den zahlreichen ehrenamtlichen Angeboten, die an unserem Hauptsitz in Recklinghausen im Rahmen vom SHAREHOUSE (alle Räumlichkeiten stehen von 16:00 bis 19:00 Uhr für ehrenamtliche Angebote zur Verfügung) durchgeführt werden, teilnehmen, wie z.B. Theater, Kunst, Lesekreis, Spiele, Diskussionen, Beratung, etc.



Wir halten es für verantwortungslos, die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen kommunaler Schulen zu verhindern, weil durch die segregierte Beschulung in Anker-Zentren während der bis zu 18-monatigen Wartezeit wertvolle Zeit der sozialen Integration verloren geht. Für RE/init bedeutet diese gesetzliche Änderung, dass die Angebote an den Berufskollegs und Weiterbildungskollegs, mit denen RE/init im Rahmen der sozialpädagogischen Begleitung und lebens- und erwerbsweltbezogenen Bildung eng zusammenarbeitet, nicht genutzt werden können, um insbesondere geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht mehr schulpflichtig sind, zu einem Schulabschluss zu führen und anschließend in eine betriebliche oder schulische Ausbildung zu vermitteln.

Durch Ankerzentren werden alle flankierenden Aktivitäten von RE/init zur sozialen, kulturellen und politischen Integration Geflüchteter verhindert, insbesondere Projekte zur Demokratieförderung (z.B. Beteiligung jugendlicher Geflüchteter an der Erarbeitung des kommunalen Integrationskonzeptes, Exkursionen zum Haus der Geschichte nach Bonn) und zum Wertedialog mit in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen und Erwachsenen sowie Kontakte zur einheimischen Bevölkerung im Rahmen von Stadt- und Bürgerfesten, Theateraufführungen, Kunstausstellungen, Fußballturnieren, in Sportvereinen, etc.

Ankerzentren verkennen die Bedeutung lokaler Institutionen und Organisationen, insbesondere der Internationalen Orientierungs-/Flüchtlingsklassen (IOK/IFK), Berufs-/Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen, Bildungs-/Sprachkurssträger, Flüchtlingskreise und Runden Tische bei der beruflichen und sozialen Integration Geflüchteter und laufen Gefahr, deren Erfahrungen und Wissen zu verlieren. Für RE/init als Bildungsträger bedeutet es, dass alle Projekte für Geflüchtete zurückgefahren bzw. komplett eingestellt werden müssen, hochqualifizierte Fachkräfte der Flüchtlingsarbeit umgesetzt oder keine Vertragsverlängerung erhalten werden. Angesichts der weltpolitischen Lage kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass, wie im Jahr 2015, die Flüchtlingszuwanderung wieder stark ansteigen kann und die qualifizierten MitarbeiterInnen mit der hohen Fachkompetenz nicht mehr zur Verfügung stehen.

Gerd Specht, geb. 1952, Studium Sozialwissenschaften, Geschichte, Pädagogik und Ev. Theologie an der Ruhr-Universität Bochum; 1979 1. Staatsexamen für das Lehramt am Gymnasium; nach 2. Staatsexamen Lehrer am Berufskolleg und Zweiten Bildungsweg der Volkshochschule; 1997 Mitbegründer von RE/init e.V. und Geschäftsführer; seit 22 Jahren Entwicklung/Durchführung von Modellprojekten für alle „Mühseligen und Beladenen“ unserer Gesellschaft; Credo: „Hinein! Ich bin hier, jetzt, mit Leib und Seele, um die Aufgabe zu erfüllen.“

Kai Bammann

Ist ein Ankerzentrum eine Totale Institution?

Was ist das, eine „Totale Institution“? Der Begriff der Totalen Institution geht zurück auf den Soziologen Erving Goffman und dessen Werk „Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen“, das in Deutschland erstmals 1973, in den USA erstmals 1961 erschienen ist. Der Titel des Werkes ist allerdings für den heutigen Sprachgebrauch irreführend, denn es geht nicht um das, was heute mit dem Begriff Asyl verbunden wird. Die Asyle in Goffmans Studie sind die Psychiatrien, die früher (im Englischen wie auch im Deutschen) als Irrenasyle bezeichnet wurden. Folgerichtig hat er für seine Untersuchung zunächst geschlossene Psychiatrien aufgesucht und dort den Alltag beobachtet. Später hat er dies auf andere Orte wie Gefängnisse ausgeweitet. Goffman arbeitete sowohl spezifische Eigenschaften der Einrichtungen heraus, als auch charakteristische Verhaltensweisen der Insassen. Für die von ihm beobachteten Organisationen prägte er den Begriff der Totalen Institution. Das Wort „total“ im Titel verleitet dabei insbesondere in Deutschland leicht zu Missverständnissen. Es hat nichts zu tun mit „totalitär“, sondern es bedeutet „total“ im Sinne von „alles-umfassend“.



Goffmans Studie kann hier nur grob umrissen werden. Vereinfacht gilt für eine Totale Institution: es ist 1. eine geschlossene Einrichtung. 2. gibt es eine Autorität, die die Gestaltung des Lebens der Insassen komplett vorgibt, 3. gibt es eine Gruppe von „Gleichgesinnten“, die als Insassen dasselbe Schicksal (d.h.: Aufgaben und Alltag) teilen. 4. erfahren diese Personen einen vollständig vorgeplanten Tagesablauf (vom Aufstehen, Essenzeiten, Arbeitszeiten bis hin zum Tagesende), auf den der Einzelne keinen Einfluss hat, der zudem überwacht wird und in dem es vorgegebene Regeln gibt, die zu befolgen sind. Verbunden wird dies 5. durch ein übergeordnetes Ziel, das es durch die Organisationsform zu erreichen gilt, und das ebenso extern vorgeschrieben wird.

Der Rahmen, d.h. die Organisation ist das eine; die Insassen sind das andere Thema. In der Totalen Institution befinden sich immer – dies ist eine Definitionsvoraussetzung – viele Menschen, die auf die Gestaltung ihres Alltags, ihre Aufgaben, die Abläufe der Organisation keinen Einfluss haben und dieser vollständig unterworfen sind. Die so Betroffenen müssen irgendwie – bei beschränkten eigenen Möglichkeiten –

sehen, wie sie in der Totalen Institution zurechtkommen. Goffman hat beobachtet: die Insassen passen sich an.

Vereinfachend lassen sich hier einige immer wieder zu erlebende Anpassungsmechanismen finden. Dies sind im Einzelnen: die „Kolonisierung“ (Anpassen und Aufgehen in der Organisation), die „Konversion“ (das Übernehmen einer Rolle, zumeist der des perfekten Insassen), aber auch „Rebellion“ oder „Regression“, d.h. der Rückzug aus dem Leben – im schlimmsten Fall bis hin zur Resignation an den Umständen. Es handelt sich dabei um keine starren Kategorien. Oft sind die Grenzen fließend und oft verhalten sich Menschen im Laufe der Zeit auch situations- und stimmungsbabhängig unterschiedlich. Es zeigt aber: all dies sind keine normalen Reaktionsformen. Sondern sie entstehen aus den (unnatürlichen) äußeren Bedingungen der Totalen Institution – in Verbindung mit der Persönlichkeit, aber auch im Zusammenspiel aller Insassen (dort, in der Gruppendynamik, berührt die Soziologie die Psychologie).

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Totalen Institution ist der, dass es immer so etwas wie „zwei Seiten“ gibt: nämlich die Insassen (die geschilderten Betroffenen) auf der einen, und diejenigen, die die Regeln machen bzw. auch überwachen, auf der anderen Seite. Die Totale Institution beruht auf Abhängigkeiten und erlebter eigener Wirkungslo-

sigkeit. Insofern erweist sie sich als dysfunktional. Die Insassen müssen sich an die Gegebenheiten der Totalen Institution anpassen, einfügen. Mehr geschieht erst einmal nicht. Der Patient in der Psychiatrie bekommt auf ihn zugeschnittene therapeutische Angebote, die ihn beim Gesunden unterstützen. Zugleich leidet er aber ggf. an der sozialen Isolation, fehlenden Besuchskontakten, fehlenden Möglichkeiten, die Einrichtung zu verlassen, unfreiwillig nahen Kontakten zu Menschen, mit denen er nicht zurechtkommt, unerwünschten Nebenwirkungen von Medikamenten. Und auch: dem Verlernen, für sich selbst da zu sein. Alleine „draußen“ zurecht zu kommen, kann anstrengend sein. Auch die Gewöhnung an die Einschränkungen ist daher ein (negativer) Effekt. Die Totale Institution schränkt ein; gleichzeitig versorgt sie aber auch mit allem, was zum Leben notwendig ist – und verhindert so, dass Insassen für sich selbst sorgen können/lernen.

Der Dualismus Insassen vs. Bewacher impliziert immer auch ein „Wir gegen sie“, was Ausgangspunkt ganz eigener Gruppendynamiken sein kann. Sind alle Insassen gut angepasst (möglicherweise „scheinangepasst“), so herrscht eine

scheinbare Ruhe. Gibt es einzelne, die gegen die Vorgaben rebellieren, entsteht zunehmend Unruhe. Das Verhalten eines Einzelnen lässt sich so nicht voraussagen. Es lässt sich aber voraussagen, dass in einer Zwangsgemeinschaft Konflikte drohen, und welche das sind.

Sind Ankerzentren Totale Institutionen? Und wenn ja: was folgt daraus?

Erstaunlich ist, dass in der Literatur so wenig darüber zu lesen ist, ob (= dass) die geplanten Ankerzentren „Totale Institutionen“ sind. Vermutlich liegt dieser Mangel an Literatur darin begründet, dass der Begriff der „Totalen Institution“ in die Jahre gekommen ist. Und dass die Schlussfolgerung bezüglich der Ankerzentren eine so selbstverständliche ist.

Ja, ein Ankerzentrum ist eine Totale Institution.

Es ist ein in sich geschlossenes System; der Alltag, ja das ganze Leben ist den Bewohnern vorgegeben; die Insassen haben Regeln zu befolgen, auf die sie keinen Einfluss haben. Die Einrichtung kann nicht durch eigene Entscheidung verlassen werden. Es gibt auch ein extern vorgegebenes Ziel, das durch die Struktur der Totalen Institution verfolgt wird. Das bedeutet aber auch: es ist mit genau den Problemen zu rechnen, die Totale Institutionen nun einmal mit sich bringen. (Und der Hinweis sei gestattet: je größer, desto schwieriger ist ein System zu beherrschen, bzw. desto mehr Personal und Unterstützung würde es erfordern.)

Diese Erkenntnis bedeutet zunächst einmal: es ist eine unnatürliche und ungesunde Umgebung. Das Ankerzentrum als „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“ ist geplant als Sammelpunkt für alle, die neu in Deutschland eintreffen. Ankommen, Entscheiden, Rückführen (im Übrigen: nicht Ankommen, Entscheiden, Bleiben). Es geht um Verwaltungsentscheidungen und auch darum, die Ankommenden an einem Ort zu wissen. Das Ziel ist für die Einrichtung: verwalten, verwahren und entscheiden. Es ist für die Ankommenden jedoch die existentielle Frage des Hierbleibens oder Wiedergehen-Müssens. Hier verbirgt sich ein gehöriges Konfliktpotential: das Ziel der beiden Seiten ist nicht deckungsgleich. Das Ziel der Insassen untereinander ist es zwar. Es ist aber längst nicht von allen erreichbar. Hier ist das Ankerzentrum originäre Totale Institution, da alles vorgegeben ist, es kein „außerhalb“ gibt und die Insassen den Akt des Verwaltet- und des Verwahrt-Werdens passiv hinnehmen müssen.

Man muss die negativen Auswirkungen der Totalen Institution jedoch in den Blick nehmen, ernst nehmen, um zu wissen, dass hier ein System geschaffen wird, das instabil ist und negative Auswirkungen auf die Betroffenen haben kann (fast zwangsläufig haben wird). In der Psychologie spielt hier dann z.B. das Konzept der „erlernten Hilflosigkeit“ von Seligman hinein. Oder in der positiven Gegenwirkung: Empowerment und Resilienz. Die Totale Institution ist gerade keine Einrichtung, die Resilienz und Empowerment fördert; sie funktioniert dysfunktional, nämlich nur dann, wenn die Menschen in ihr einfach nur funktionieren.

Zusammengefasst bedeutet dies: die Totale Institution ist keine gesunde Organisation und sie ist gewiss keine, die gesund erhält. In Gefängnissen und Psychiatrien gelingt der

Erfolg nur dann, weil mit den Menschen gearbeitet wird und das Ziel das Verlassen der Einrichtung und ein Entlassen in die „normale“ Gesellschaft ist. Kurz: eine (positive, mindestens aber klare) Perspektive. Dies erfordert jedoch regelmäßig einiges an Kraftanstrengung – seitens der Insassen wie seitens des Personals (und vor allem: der Personaldichte). Das Ankerzentrum hingegen, wie es derzeit geplant ist, ist im Grunde nur so etwas wie ein Wartezimmer, in dem mit dem Menschen nichts, und allenfalls in der Verwaltung einiges geschieht. Man kann den negativen Auswirkungen der Totalen Institution hier nicht gezielt entgegenwirken – da für die Dauer der Unterbringung der künftige Weg ja gerade noch unbestimmt ist. Worauf sollte die „Totale Institution Ankerzentrum“ vorbereiten, wenn das Ziel für den Einzelnen noch in der Schwebe ist? Und wie den negativen Effekten auf die Persönlichkeit, wie Verhaltensstörungen entgegenwirken? Eine Totale Institution schafft zunächst einmal Menschen, die nur eines lernen: sich in der Totalen Institution mit ihrem Leben zu arrangieren. Mehr nicht. Erst in einem zweiten Schritt müssen Ziele definiert werden, die dann entweder auf den Erfolg der Totalen Institution und/oder auf das Leben danach vorbereiten.

Weder das eine, noch das andere ist gegenwärtig bei den Ankerzentren angedacht. Verwaltung alleine mag ökonomisch gedacht sinnvoll sein. Vergessen werden hierbei aber die soziologischen, psychologischen, oft auch medizinischen Aspekte. Im einfachsten Fall vergeudet dies Zeit, im schlimmsten Fall gibt es durch die Unterbringung zusätzliche negative Auswirkungen, die dann auch noch zu bewältigen wären.

Dr. jur. Dr. phil. Kai Bammann, ist Jurist, Kriminologe und Kunsttherapeut und hat lange Zeit im Bereich Strafvollzug/Straffälligenhilfe gearbeitet. Aktuell liegt sein Arbeitsschwerpunkt bei Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Kontakt über kbammann@t-online.de

Lesetipp

Ortlieb Fliedner

Liebe Rana, lieber Achmed. Briefe über Deutschland zur Vertiefung der Fragen des Einbürgerungstests

Wiesbaden, 2018, KSV Kommunal- und Schulverlag, 210 Seiten

Dieses Taschenbuch sollte durch die Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung maximal verbreitet werden. Alle Heranwachsenden hierzulande sollten es in der Klasse 10 ausgehändigt bekommen. Aus menschenrechtlicher Sicht erläutert Dr. jur. Fliedner, was es mit der Bundesrepublik Deutschland auf sich hat. Seine sorgfältig gearbeitete, aktuell recherchierte Darstellung legt er vor als Briefe an „Liebe Rana, lieber Achmed“, ein Flüchtlingspaar aus Syrien, die 2015 nach Bonn in die Nachbarschaft von Ehepaar Ortlieb Fliedner und Sabine Hadamik kamen und die es auch dank solch eines fundierten, nachbarschaftlichen Trainings ‚geschafft haben‘. Das Buch enthält auch den Gesamtkatalog der 310 für den Einbürgerungstest zugelassenen Prüfungsfragen, aus denen jeweils 33 Fragen per Zufallsgenerator ausgewählt werden; zu jeder Frage gibt es vier Antworten, von denen immer nur eine richtig ist. Bestanden hat, wer 17 Fragen richtig beantwortet; ich hätte vermutlich bei der ein oder anderen Frage gepasst. – Fliedner war 1995 – 99 erster hauptamtlicher Bürgermeister in Marl, lebt seitdem wieder in Bonn, als Anwalt u. a. für Medienrecht. Hier gab Fliedner seinen juristischen Rat im Prozess, den *AMOS* zum Titelschutz gegen den Aschendorff Verlag Münster und das Kath. Sozialinstitut Kommende Dortmund am 21.12.2007 am Landgericht Dortmund gewann, den unser Anwalt Lutz Eisel für *AMOS* führte.

Hartmut Dreier

Heike Schiebeck

Balkanroute 2019: Das Ende der Menschenrechte an den Grenzen Kroatiens, Bosnien Herzegowina. Fact finding report März 2019

Die Schließung der Balkanroute ist nicht gelungen. Weiterhin sind Menschen unterwegs Richtung Norden. Allerdings sind die Fluchtwege gefährlicher, die Methoden der Abschreckung grausamer geworden.

Ende März beginnt in Bosnien die Landschaft zu grünen, die Kirschbäume blühen, in den Dörfern ragen die Minarette wie angespitzte Bleistifte in den Frühlingshimmel. Gruppen von Menschen ziehen in der Abenddämmerung warm angezogen, mit Schlaf- und Rucksack bepackt, Richtung Grenze.



Foto: Manu Brabo/medico international

Unsere Leitung des Europäischen BürgerInnenforums haben wir uns als 6-köpfige Delegation auf den Weg gemacht, um die Lage der Menschenrechte an der bosnisch-kroatischen Grenze zu erkunden. Uns haben Zeugen- und Medienberichte über massive Gewaltausübung der kroatischen Grenzpolizei und das Aussetzen des Rechts auf Asyl im EU-Mitgliedsland Kroatien alarmiert. In Velika Kladuša im äußersten Nordwesten Bosniens angekommen, ist unser Fahrzeug gleich umringt von jungen Männern, die um Geld, Essen und Hilfe bitten.

Seit Schließung der Balkanroute unter der politischen Führung des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz stranden in Bosnien aufgrund seiner geographischen Lage an der EU-Außengrenze zahlreiche Flüchtlinge. Im Kanton Una-Sana hat die Behörde eine Obergrenze von 3.500 Menschen, die in Flüchtlingslagern versorgt werden, festgelegt. Alle anderen sind obdachlos. Hunderte hausen außerhalb der Camps in leerstehenden Häusern, Ruinen und Zelten ohne ausreichende Nahrung, medizinische Versorgung und die Möglichkeit, sich selbst und ihre Kleidung zu waschen. Aus den überfüllten Lagern in Griechenland werden sich in der wärmeren Jahreszeit Zehntausende Richtung Norden auf den Weg machen und in Bosnien stranden. Auf Nachfrage bei der Fremdenpolizei finden von offizieller Seite keine Vorbereitungen statt, um die Lage humanitär zu bewältigen.

In den folgenden Tagen führten wir Gespräche mit einem Polizeiinspektor des zuständigen Service for Foreigners' Affairs (Fremdenpolizei) in Bihać, MitarbeiterInnen der IOM (Internationale Organisation für Migration), ausländischen und einheimischen Freiwilligen, der Ombudsfrau in Kroatien und dem Center For Peace Studies in Zagreb.

Menschlichkeit als Verbrechen

Gleich am ersten Abend sprachen wir mit jungen Frauen aus Österreich, die mit ehrenamtlicher Arbeit die Menschen unterwegs unterstützen. Die Behörden hatten Anfang März alle internationalen Freiwilligen mit rechtlich fragwürdigen Begründungen des Landes verwiesen: Ihre NGOs seien nicht als Hilfsorganisationen angemeldet, die Freiwilligen nicht registriert, was vorher nirgends in Bosnien ein Problem war. Die beiden Frauen verteilen heimlich Kleidung an die Flüchtlinge, immer auf der Hut, nicht von der Polizei entdeckt zu werden. Auch bosnische HelferInnen werden an ihrer Arbeit gehindert, obwohl ihre Unterstützung mehr als nötig und oft die einzige Hilfe ist.

Selbst verletzte Flüchtlinge dürfen nicht im Auto mitgenommen werden. Wer sich illegal im Land aufhält, sei kriminell. Wer Kriminelle im Auto mitnehme, sei selbst kriminell, erklärt uns Inspektor Enes von der Fremdenpolizei schlüssig.

Wir besuchten zwei Flüchtlingslager mit sehr unterschiedlichen Standards: In Miral, einer leerstehenden Fabrikhalle, sind 700 alleinstehende Männer untergebracht, im Hotel Sandra bei Bihać leben etwa 250 ‚vulnerable persons‘, das sind Frauen, Familien mit Kindern und unbegleitete Minderjährige. Das Miral-Lager richtete die IOM auf die Schnelle ein, nachdem eine Gruppe von Refugees mit einer Grenzblockade im Oktober 2018 erfolgreich gegen die fehlende Infrastruktur protestiert hatte.

Fehlendes Asylsystem, massive Gewalt

Es stimmt nicht, dass alle Menschen auf der Flucht in die EU wollen. Bosnien-Herzegowina ist ein disunktionaler Staat mit hoher Korruption. Wer vor Krieg, Verfolgung und Hunger flieht, für den ist es hier dennoch besser als im Herkunftsland. Aber wie um Asyl ansuchen? Bei der Registrierung, 24.000 Personen im Jahr 2018, bekommen alle eine White Card nur in bosnischer Sprache, die 14 Tage gültig ist. Wer in diesem Zeitraum nicht um Asyl ansucht, hält sich illegal im Land auf. Für die Asylanträge stehen nur drei Beamte zur Verfügung. Trotz ungenügender Rechtsberatung und Übersetzung gelang es 2018 mehr als 1.500 Personen einen Asylantrag zu stellen. Die Verantwortung der EU ist nicht von der Hand zu weisen: Bosnien hat seit Ende des Krieges 1995 mit dem Vertrag von Dayton und dem 2015 in Kraft getretenen EU-Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, das den EU-Beitritt vorbereitet, einen Großteil seiner Souveränität eingebüßt. Ein funktionierendes Asylsystem einzurichten stand wohl nicht auf dem Plan der internationalen Organisationen und der EU, neoliberale Reformen mit Privatisierungen und Abbau des Sozialsystems schreiten hingegen zügig voran.

Wir sprachen mit mehreren Dutzend Geflüchteten in den Camps sowie auf den Straßen der Städte: Sie erzählten uns vom Mangel an ärztlicher Versorgung und Nahrung, von

Krätze-Epidemien und dass es unmöglich sei, ihre Rechte durchzusetzen. Die Verzweiflung stand ihnen ins Gesicht geschrieben. Sie berichteten uns eindrücklich von der massiven physischen und psychischen Gewalt der kroatischen Grenzpolizei und zeigten uns Wunden, die sie bei Push Backs davongetragen hatten. Die Polizei übt systematisch Gewalt an Menschen aus, um sie daran zu hindern, die EU zu betreten. Sie treibt Geflüchtete, die um Asyl ansuchen möchten, mit der



Behauptung zurück, es gäbe in Kroatien kein Asyl. Mitglieder von NGOs, die Flüchtlinge zur Polizei begleiten, um einen Asylantrag zu stellen, werden als Schlepper kriminalisiert und zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Push Backs sind in Europa verboten: Menschen dürfen nicht ohne rechtmäßige Klärung der Fluchtgründe über eine Staatsgrenze zurückgewiesen werden. Kroatien ist im Bewerbungsverfahren um Aufnahme in den Schengenraum, das bis 2020 abgeschlossen sein soll. Wird hier die Grenze mit allen – auch illegalen – Mitteln dichtgemacht, um sich als Kandidat zu bewähren?

Die kroatischen Grenzbehörden werden in ihrer Arbeit von der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX personell unterstützt, ausgebildet und technisch ausgestattet. Betroffene berichten, dass nicht nur Polizisten in kroatischer Uniform Gewalt ausüben. Inwiefern FRONTEX an Gewalttaten beteiligt ist, muss die EU dringend aufklären.

Hilfe und Solidarität

Die Solidarität der bosnischen Bevölkerung mit den Flüchtlingen war von Anfang an groß, wohl auch aufgrund der eigenen Erfahrungen mit Krieg, Leid und Verfolgung. Auch in Velika Kladuša haben anfangs viele Leute Kleider für die Flüchtlinge gewaschen, Essen gekocht, Medikamente besorgt und manchmal Familien mit Kindern bei sich zuhause aufgenommen. Aber auch international kommt etwas in Bewegung: Amnesty International und die Heinrich Böll Stiftung veröffentlichten Berichte über die Menschenrechtsverletzungen. Medico International, Frankfurt, arbeitet an einer interaktiven Plattform „Pushback-Mapping“, auf der Rechtsbrüche und systematische Gewalt an Europas Grenzen visualisiert werden, um spätere Klage- und Asylverfahren zu unterstützen. Ende März erging ein ausführlicher Protestbrief an die EU-Kommissare Avramopoulos (Migration) und Stylianides (humanitäre Hilfe), in dem 30 Abgeordnete des Europäischen Parlaments Aufklärung und ein Ende der Gewalt fordern. Milena Zajović von der NGO „Are You Syrian?“ aus Zagreb, die borderviolence dokumentiert (siehe Archipel Nr. 278), hielt Ende März eine aufrüttelnde Rede vor dem Europäischen Parlament. Die Zagreber Rechtsanwältin Sanja Jelavić vertritt die afghanische Familie Hussein vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, nachdem der

kroatische Verfassungsgerichtshof ihre Beschwerde abwies. Die 6-jährige Tochter der Familie starb im November 2017 bei einer Rückweisung der kroatischen Grenzpolizei, als diese der Familie befahl mit den Kindern nachts auf Bahngleisen zurück nach Serbien zu gehen, wo das kleine Mädchen vom Zug erfasst wurde.

In Velika Kladuša hat nach dreiwöchiger Pause wegen ausbleibender Spenden das Restaurant von Latan wieder aufgemacht. Der Bosnier kocht mit einigen Freunden seit mehr als einem Jahr täglich 400 Mahlzeiten für Flüchtlinge, die sonst keinerlei Versorgung erhalten. Im Keller der kleinen Kneipe bekommen sie Boxer-Shorts, Socken und Jacken. Es herrscht ein großer Mangel an Schuhen. Daka steht in der Tür und passt auf, dass die Kleiderausgabe geordnet abläuft. Er habe als Bosnier hier das verfassungsmäßige Recht, Menschen zu helfen. „Die internationalen Freiwilligen helfen mir beim Helfen“, erklärt er uns lächelnd.

Heike Schiebeck, Mitglied von Longo Mai, Mitarbeiterin des Europäischen Bürgerforums, war Mitglied der „Fact Finding“-Delegation an den beschriebenen Grenzen und Orten im März 2019.

Lesetipps dazu

Amnesty International

Pushed to the Edge. Violence and Abuse against Refugees and Migrants along the Balkans Route
2019

Gorana Mlinarević, Dr. Nidžara Ahmetašević

People on the Move in Bosnia and Herzegovina in 2018: Stuck in the Corridors to the EU.
Heinrich Böll Stiftung 2019

Forderungen des Europäischen Bürgerforums

An der kroatischen EU-Außengrenze werden die Genfer Flüchtlingskonvention, die Menschenrechtskonvention und EU-Verordnungen über die Durchführung von Asylverfahren mit Füßen getreten. Mehrere NGOs, internationale JournalistInnen und Amnesty International haben detaillierte Berichte publiziert. Alles ist hinreichend dokumentiert, die EU-Instanzen müssen nun handeln. Das Europäische Bürgerforum (EBF) fordert:

- das sofortige Ende der körperlichen und psychischen Gewalt durch die kroatische Grenzpolizei mit Unterstützung und Ausrüstung der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.
- die Offenlegung des FRONTEX-Einsatzes an der kroatisch-bosnischen Grenze. Wie viel Geld und wie viele technische und personelle Ressourcen werden hier auf welche Weise eingesetzt, um die Grenze zu versperrern? Die europäischen SteuerzahlerInnen haben ein Recht, das zu erfahren.
- eine gesamteuropäische Lösung für die Geflüchteten in den südlichen EU-Ländern und an den EU-Außengrenzen. Länder wie Bosnien und Griechenland dürfen mit der Versorgung nicht allein gelassen werden; die Geflüchteten haben ein Recht auf ausreichend Nahrung, Gesundheitsversorgung, Hygiene, sichere Schlafplätze und Rechtsberatung. Die EU muss Resettlementprogramme für die Ankommenden organisieren. Der fehlende politische Wille darf keine Menschenleben kosten.

Wolf-Dieter Just

Bedingungen für das Kirchenasyl verschärft

Am Morgen des 31. Januar 2019 klingeln Ermittler der Staatsanwaltschaft mit Durchsuchungsbeschlüssen in den Händen bei mehreren evangelischen Pfarrern im Hunsrück. Sie beschlagnahmen Akten und Rechner in Gemeindebüros und privaten Arbeitszimmern – darunter sensible Daten, die möglicherweise dem Seelsorgegeheimnis unterliegen. Hintergrund ist ein im September 2018 eröffnetes Ermittlungsverfahren gegen fünf Pfarrerinnen und Pfarrer aus dem Rhein-Hunsrückkreis, deren Gemeinden neun sudanesischen Flüchtlingen Kirchenasyl gewährt haben. Die Kirchenasyle waren zu diesem Zeitpunkt längst beendet – und das mit Erfolg! Die Abschiebung der Flüchtlinge nach Italien, dem laut Dublin-Verordnung zuständigen EU-Erstaufnahmestaat, konnte verhindert werden. Im Land Matteo Salvinis drohten Obdachlosigkeit und verheerende soziale Bedingungen. Dank Kirchenasyl können die Sudanesen nun ihr Asylverfahren in Deutschland betreiben.

Dieser Erfolg „schmeckt“ nicht jedem – so dem Landrat Marlon Bröhr, einem „Christdemokraten“, dessen Kreisverwaltung zuvor mit dem Versuch gescheitert war, eines der Kirchenasyle polizeilich räumen zu lassen und einen der Sudanesen nach Italien abzuschicken. Nun hat Bröhr Strafanzeige gegen die PfarrerInnen erstattet wegen Beihilfe zu illegalem Aufenthalt.

Razzien in Pfarrbüros und privaten Räumen von Pfarrern sind bundesweit ein bisher einmaliger Vorgang. Trotzdem kommt diese Art der Kriminalisierung des Kirchenasyls nicht von Ungefähr. Nach einem Beschluss der Konferenz der Innenminister vom Juni 2018 wurden die Bedingungen für das Kirchenasyl erheblich verschärft, vor allem für die sog. „Dublin-Kirchenasyle“. Diese nutzen die Dublin-Verordnung der Europäischen Union, die bestimmt, welcher Mitgliedsstaat für das Asylverfahren zuständig ist – meistens der Staat, den Flüchtlinge als erstes betreten. Wenn Flüchtlinge von dort in ein anderes EU-Land weiterwandern, z.B. von Italien nach Deutschland, kann Deutschland sie nach Italien als zuständigem „Ersteinreisestaat“ rücküberstellen. Für die Rücküberstellung gilt eine Frist von 6 Monaten. Wird diese Frist überschritten, geht die Zuständigkeit für das Asylverfahren an das Land über, in dem der Flüchtling sich gerade aufhält, in diesem Fall an Deutschland. Die Frist verlängert sich auf 18 Monate, wenn der Betreffende „flüchtig“ ist.

Diese Rücküberstellungen in das EU-Ersteinreiseland sind in humanitärer Hinsicht hoch problematisch, wegen des rüden Umgangs mit Flüchtlingen in den EU-Staaten an den Außen Grenzen – z.B. Haft und Gewalt in Bulgarien, Ungarn oder Malta, Obdachlosigkeit und mangelnde materielle und medizinische Versorgung in Italien oder Griechenland. Flüchtlinge bitten bei uns um Kirchenasyl, um einer Rücküberstellung in solches Elend zu entgehen. Wenn sie eine Gemeinde finden, die ihnen mit Kirchenasyl hilft, ist das Ziel, die Rückführung innerhalb der Sechs-Monatsfrist zu verhindern, so dass am Ende Deutschland für das Verfahren zuständig wird.

Eine gravierende Verschärfung der Bedingungen für das Kirchenasyl besteht darin, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach Beschluss der Innenministerkonferenz seit 1.8.2018 Asylsuchende, die ins Kirchenasyl gehen, neuerdings als „flüchtig“, d.h. untergetaucht einstuft. Damit verlängert sich die Überstellungsfrist in den Erstaufnahmestaat um ein ganzes Jahr auf 18 Monate. Kirchenasylgemeinden müssen Flüchtlinge dann also bis zu eineinhalb Jahre unterbringen und versorgen, sie persönlich betreuen, bei den Behörden und in der Öffentlichkeit vertreten, auf Gemeinderäume verzichten, für den Unterhalt aufkommen usw. Die Flüchtlinge können in der Regel die räumliche Enge des Kirchenasyls nicht verlassen – für beide Seiten eine erhebliche Belastung.

Aber die Einstufung von Asylsuchenden als „flüchtig“, wenn sie ein Kirchenasyl aufsuchen, ist willkürlich und rechtswidrig. Denn es ist gängige Praxis, dass Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, vom ersten Tag an das zuständige Ausländeramt und das BAMF über den Aufenthaltsort der Flüchtlinge informieren – von Untertauchen kann also keine Rede sein. So war es auch im Hunsrück geschehen. Trotzdem wurden die Flüchtlinge als „flüchtig“ eingestuft, also unauffindbar. Christian Hartung, Pfarrer in der Evangelischen Kirchengemeinde Kirchberg-Kappel: „Das Skurrilste war für uns, dass die Flüchtlinge hier in der Verbandsgemeinde angemeldet wurden, dass sie Müllgebührenbescheide bekamen, dass sie Bescheide bekamen für Rundfunk- und Fernsehgebühren, dass sie also ganz offiziell als hier Angemeldete, ja, wie als Mieter eigentlich behandelt wurden.“

Darum klagen Gemeinden immer wieder gegen diese neue Willkürpraxis des BAMF bei den Verwaltungsgerichten – und meistens mit Erfolg: die 18-Monatsfristen werden abgelehnt.

Trotzdem sind die Verschärfungen gravierend. Nicht jede Gemeinde ist bereit, ein Gerichtsverfahren anzustrengen. Zudem verlangt das BAMF, dass Gemeinden ein Dossier anfertigen, in dem die besondere Härte des Einzelfalls begründet wird. In den meisten Fällen werden die Gründe vom BAMF nicht anerkannt. Es erwartet dann, dass die Gemeinde das Kirchenasyl innerhalb von drei Tagen beendet – das BAMF will also über das Ende eines Kirchenasyls entscheiden (!) – für Gemeinden unannehmbar. Das BAMF kontert mit der 18-Monatsfrist.

Trotzdem ist der Widerstand der Kirchenasylbewegung ungebrochen. Wir wissen zurzeit von 422 aktiven Kirchenasylen mit mindestens 671 Personen in Deutschland, davon sind etwa 143 Kinder. 375 der Kirchenasyle sind sogenannte Dublin Fälle. (Stand 09.05.2019)

Wolf-Dieter Just gehört zu den Begründern der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und ist seit 2004 deren Ehrenvorsitzender.

Theo Haggene

Gelungene Integration – angekommen in Haltern

Samim, 1997 geboren, wuchs in einem Dorf der Provinz Parwan in Afghanistan auf. Wie seine Familie gehört er der Volksgruppe der Tadschiken an und ist Moslem. Seine Mutter starb früh an einer schweren Krankheit. Sein Vater stieg vom einfachen Soldaten zum Polizeioffizier auf und wurde seit Beginn der Tätigkeit von den Taliban bedroht, weil er sich weigerte die „Seite zu wechseln“, trotz der Drohung andernfalls die Familie auszulöschen.

Nach mehreren missglückten Anschlägen wurden Samims Vater, beide Brüder und die Schwester Anfang September 2014 von den Taliban ermordet. Er selbst überlebte nur, weil er zu diesem Zeitpunkt noch in der Schule war. Den grausamen Anblick, der sich ihm bot, als er nachhause kam, wird Samim sein Leben lang nicht vergessen können!

Für zwei Tage wurde Samim von einem Freund des Vaters versteckt und dann mit ein wenig Geld auf die Flucht geschickt, um ihn nicht auch noch ein Opfer der Taliban werden zu lassen. Das erste Ziel für ihn war der Iran. Mit gerade einmal 17 Jahren verbrachte Samim hier illegal gut ein Jahr, um sich als Trockenbauer Geld für die weitere Flucht zu verdienen. Sein weiterer Weg führte ihn über die Türkei, Griechenland und die Balkanroute. Am 18.11.2015 reiste er in Deutschland ein und wurde nach kurzen Zwischenstationen Haltern am See zugewiesen. Hier lebte Samim in einer städtischen Unterkunft, die von mir ehrenamtlich als Unterkunftspate betreut wurde. Ich lernte ihn als einen sympathischen, aber sehr zurückhaltenden jungen Mann kennen, der nur ganz allmählich Vertrauen in andere Betreuer und mich finden konnte. Für uns alle erkennbar war aber sein Wille, sich in Deutschland zu integrieren und hier Fuß zu fassen. Mit großem Ehrgeiz lernte er über mehrere ehrenamtliche

BetreuerInnen die deutsche Sprache. Über persönliche Kontakte und ein Portrait in der regionalen Zeitung wurde auch die Firma Hermann Fimpeler, ein renommierter Handwerksbetrieb in Haltern am See, auf Samim aufmerksam. Nach kurzer „Probezeit“ kam für Samim die bis dahin größte Chance seines Lebens – er wurde als Auszubildender für das Berufsbild Maler und Lackierer eingestellt. Zu beschreiben, welche behördlichen Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis der Berufsausbildungsvertrag von Samim in die Handwerksrolle eingetragen war, würde hier den Rahmen sprengen. Positiv ist aber die große Kooperationsbereitschaft mit dem Sozialamt und dem Jobcenter der Stadt Haltern am See hervorzuheben.

Nahezu zeitgleich mit dem Beginn der Ausbildung konnte Samim (wie viele andere) eine eigene kleine Wohnung beziehen. Inzwischen hat er den Führerschein erworben und gerade die Hälfte der Ausbildung hinter sich gebracht. Sein Ausbildungsbetrieb bescheinigt Samim nicht nur ein besonderes Talent, sondern weiß auch seinen Fleiß sehr zu schätzen. Der schulische Teil der Ausbildung bereitet sicher die größten Schwierigkeiten, aber auch diese Hürde wird Samim nach unserer Überzeugung nehmen!

Wie oft ich in der Zeit meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für verschiedenste Bereiche verzweifelt bin, kann ich nicht sagen. Immer wieder gab es Probleme mit Anträgen, Behördengängen, Bescheiden usw. Selbst für einen Muttersprachler gab es kaum zu überwindende Schwierigkeiten – wie soll das ein auf sich allein gestellter Asylbewerber schaffen? Einfach unmöglich. Aber mit gemeinsamen Anstrengungen unterstreiche ich auch heute noch den Satz der Kanzlerin „Wir schaffen das!“

Und jetzt will die Politik mit der Einführung von sogenannten „Ankerzentren“ (in NRW sollen diese ZUE – Zentrale Unterbringungs-Einrichtung heißen) inzwischen gut funktionierende Wege völlig neu regeln. Das bisher immer wieder hoch gelobte Ehrenamt würde damit quasi ausgehebelt und die Asylbewerber sich selbst überlassen. So kann und wird Integration mit Sicherheit nicht gelingen!

Samim ist nicht der einzige Asylbewerber, dem in Haltern am See ein großer Schritt zur Integration gelungen ist. Neben ihm konnten durch die Vermittlung von ehrenamtlichen HelferInnen bisher schon mehr als 60 junge Frauen und Männer aus den verschiedensten Ländern in Ausbildungen gebracht werden! Die meisten von ihnen sind auf einem guten Weg und werden mit dazu beitragen, den Mangel an Fachkräften in Handwerk und Wirtschaft zu lindern. Auf diesem Weg könnten wir problemlos weitermachen – wenn die Politik das durch neue Gesetze nicht nahezu unmöglich macht!

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
 Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Theo Haggene, Jg. 1945, lebt seit 36 Jahren in Haltern am See, bis zur Pensionierung in leitender Stellung im Bereich der Energiewirtschaft, seit einigen Jahren engagiert im Asylkreis und dem Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt in Haltern am See

David Schütz

Ankerzentren! – Zivilgesellschaft lieber draußen bleiben!

Woher kommt dieses Misstrauen gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement, das zur Stelle war, als Kommunen, Landes- und Bundesregierung in großer Bedrängnis waren. So vorbehaltlos, kreativ und überaus erfolgreich, hochgelobt und vielfach geehrt ... Wer konnte vor drei Jahren ahnen, dass der unverzichtbare Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements im Grunde doch wieder nur die feine Ordnung des Systems stört. Vor den Toren der Ankerzentren sorgen bürokratische wochenlange Überprüfungen dafür, dass das inklusive Potential des freiwilligen Engagements faktisch nicht mehr zum Zuge kommt. Abgelegen, ausgelagert, umzäunt, scharf kontrolliert – das System ist darauf bedacht, die Zivilgesellschaft draußen zu halten. Konzepte einer ehrenamtsfreundlichen Einrichtung sehen anders aus. Wer trotzdem davon spricht, dass das „Ehrenamt“ hier erwünscht ist, kann nicht das bürgerschaftliche Engagement meinen, das den Kitt ausmacht, der uns als Gesellschaft zusammenhält.

Seit 20 Jahren arbeite ich in der Engagementförderung mit Freiwilligen jeden Alters im sozial-caritativen Feld. Immer schon faszinierte mich das unglaubliche Potential des bürgerschaftlichen Engagements, das sich in unserer auf Freiheit, Demokratie und Respekt basierenden Gesellschaft innovativ, kreativ und nachhaltig entfalten kann. Und so war es für mich eine berufliche Sternstunde zu erleben, wie unsere Zivilgesellschaft im Herbst 2015 über sich hinaus gewachsen ist und in einem Klima des Vertrauens zwischen allen Institutionen, zwischen Behörden und Zivilgesellschaft sowie zwischen Haupt- und Ehrenamt ohne Ängste, Konkurrenzen und Ausgrenzung die notleidenden geflüchteten Menschen aufgenommen hat. Auch wenn das Gute im Menschen so wunderbar zum Ausdruck kam, so hatte ich nie den Eindruck, dass die Kritik an den blauäugigen Gutmenschen jemals angemessen war. Sehr planvoll und realistisch haben die BürgerInnen sich verhalten; sie haben – unterstützt von guten Förderprogrammen und bürgerfreundlichen Hauptamtlichen in Kommune und Wohlfahrtsverbänden – effektiv Strukturen und Hilfen auf- und ausgebaut, so dass nachhaltig Integration gelingen kann – bis heute.

Das Projekt der Ankerzentren und Zentralen Unterbringungseinrichtungen ist dagegen ein offener Misstrauensantrag gegenüber dem verdienten und unverzichtbaren bürgerschaftlichen Engagement, einer Gesellschaft der Freiheit unwürdig, der Würde der dort untergebrachten Menschen beim genaueren Hinschauen erst recht. Hinter den Mauern und Zäunen der Unterbringungseinrichtungen bleibt vom Eigensinn und der Freiheit des bürgerschaftlichen Engagements aber so gar nichts mehr übrig.

Doch ganz besonders bedrückt mich als Mitarbeiter in Kirche und Caritas, dass in unserer Gesellschaft durch die Ankerzentren das fein entwickelte Solidaritätsempfinden und das Mitgefühl für Menschen am Rande der Gesellschaft regelrecht weggedrückt und ausgegrenzt wird. Die geflüchteten Menschen untergebracht in der Mitte der Gesellschaft, das ist

einer Gesellschaft wie der Unseren würdig. So können wir als Gesellschaft das Mitgefühl und die Solidarität entwickeln und pflegen, die uns als menschliche Gesellschaft auszeichnet. Sammelunterkünfte an den Rand oder gar aus dem Blick der Gesellschaft zu verbannen, ist nicht nur für die geflüchteten Menschen unwürdig, es beschädigt auch unser Solidaritätsempfinden, beschädigt uns als Gesellschaft. Wissen die Verantwortlichen nicht, was sie damit bewirken? Ist die Angst so groß, dass wir uns so wenig zutrauen und dem Besten in uns misstrauen?

David Schütz, Jg. 1969, Dipl. theol., Dipl. Soz. Arb., Referent Gemeindecari-
tas und Ehrenamtskoordination im Caritasverband Datteln und Haltern am
See

Lesetipp

Jürgen Link

Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus
Göttingen 2018, Vandenhoeck & Ruprecht, 439 S., ISBN: 978-3-525-37072-8

Links, linker, am linksten.

Jürgen Links reifes, wie ein abschließendes Lebenswerk sich präsentierendes Buch wirkte zunächst spontan derart fremd in Sprache und Erscheinungsform auf mich, als wäre es ein privater Angriff auf meine intellektuelle Provinzialität und Verstandeslosigkeit. Aber die da geführte, abstrakt theoretische und zugleich pragmatisch aktuelle, literarische Auseinandersetzung, mit dem schier chaotisch auf uns einwirkenden gesellschaftspolitischen Alltag, kämpft derart kompromisslos um Aufklärung und Verständnis, dass ich nach kurzer Zeit von der Thematik eingefangen und von dem Text ergriffen wurde, bis es kein Entweichen mehr gab. Ein Tipp: Man muss sich einfach durch eines der mittleren Kapitel durchhackern, um danach von vorne bis hinten das Ganze zu genießen. Jürgen Links sperrig meisterhafte Argumentationsweise resultiert aus einer jahrelang in kritischer Tradition geübten alltagspolitischen Auseinandersetzung in der von ihm herausgegebenen kulturphilosophischen Zeitschrift „KultuRRévolution“.

Eine streng wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Dynamik unserer soziokulturellen Geworfenheit und deren Lebensumstände ist deshalb nur schwer zu fassen, weil kaum ein alltäglicher Begriff wie „sozial“ oder „individuell“ nicht durch Werbung und Ideologie verwaschen, missbraucht oder verdreht in die Umgangssprache eingegangen ist. Also wählt der Theoretiker Link, darin mit Mathematikern, Chemikern oder Physikern vergleichbar, den Weg einer ganz eigenen sprachlichen Nomenklatur. Dadurch wird der Leser praktisch für die Lektüre dieses Werks gezwungen, sich nach und nach in diese ganz eigene Fachsprache einzufühlen, also ein hochspezialisiertes, eben neues und forderndes symbolisches Denken zu erlernen (was dem Lösen von Kreuzworträtseln gleichen mag, in dem das eigene Wissen in neuem Beziehungsmuster abstrakt richtig zu positionieren ist). Der Lohn hierfür ist allerdings, dass im Rahmen dieser Denkverrenkungen begeisternde Erlebnisse einer sich selbst erfüllenden Poetik des Philosophierens gelingen können.

Es ist eine Mutfrage, ob man dieses Buch in die Hände nehmen will, denn immerhin werden in dem Essay die Vorurteile der Leser systematisch mitreflektiert. Und auch wenn Bezugsgrößen wie Hardt, Negri oder Deleuze fassbar hervortreten, so wird doch vom Leser eine weitgehend autonome Rezeptionsbereitschaft aberverlangt. Dieses auf sehr eigene Art auf die Wirkungsweise unseres Demokratieverständnisses und Wirtschaftsgebarens vorausblickende Werk verlangt gewissermaßen vom Leser einen „produktiven“ Rezeptionswillen, um dem „insistierenden“ Charakter des Werks gerecht zu werden – aber bei entsprechender Bereitschaft gestaltet sich die Lektüre zu einem kreativen Erkenntnisprozess.

Robert Bosshard

Hermann Döbber

Gedanken zum Begriff „Ehrenamt“

„Die ehrenamtliche Tätigkeit stellt einen unverzichtbaren Baustein bei der Betreuung von Flüchtlingen dar.“ So das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW am 14. Juli 2018

Das Ehrenamt, amtliche Ehre, Ehre des Amtes?

Was ist das, Ehre, Ehre des Amtes? Hat sie etwas mit Ruhm, Heldentaten, Stolz, Vaterlandsliebe zu tun?

Ich habe große Probleme mit dem Begriff „Ehre“. Er wurde und wird vielfach in verlogener Absicht verwendet. Mein Opa, auch ein Hermann, fiel auf dem „Feld der Ehre“ am 3. Mai 1917 und starb elendig zwei Tage später. Er wurde von gewissenlosen, verbrecherischen Machtmenschen in den Tod getrieben und dabei mit der Erwartung die „Ehre des Vaterlandes zu verteidigen“ verführt und missbraucht.

Engagieren wir uns wegen der Aussicht auf Ehre?

Wollen und brauchen wir nicht viel mehr Unterstützung, Solidarität, Bereitschaft zur Mithilfe, Anerkennung für das was wir tun, weil unser Handeln menschlich, christlich, verantwortungsvoll, richtig ist?

Wir wollen keine Belobigungen von Mandatsträgern, von „höheren“ Stellen, die sich, mit welchem Recht auch immer, meinen dazu aufschwingen zu müssen, Lob, Ehre, Ruhm zu verteilen.

Ehre, ein so oft missbrauchtes Wort! Es gibt das Ehrenwort, (das von führenden Politikern der jüngeren deutschen Geschichte ist uns noch im Gedächtnis), den Ehrenmord, die Ehrenlegion, es gab den Ehrenarier, die Soldatenehre, Blut und Ehre. Mit dem Begriff „Treue und Ehre“ wurde millionenfacher Mord legitimiert. Ehrenvoll war es in Zeiten des Nationalsozialismus aus Treue zu einem „Führer“ jüdische Mitbürger umzubringen, in benachbarte Länder einzufallen um unbeschreiblich grauenvollen Massenmord zu begehen.

Ich will keine Ehre, schon gar nicht von Stellen, die es nicht ehrlich meinen. Im Wort Ehre sollte auch das Wort Ehrlichkeit mitschwingen.

Behördenvertreter, die meinen durch ihr Amt dazu berufen zu sein, schreiben und reden: „Das Ehrenamt ist unverzichtbar.“ Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass unsere Arbeit zukünftig extrem schwer bis unmöglich gemacht wird. (s. auch den Artikel von Marion Lillig und den Bericht über die „Eindrücke“)

Mir scheint es in keiner Weise ehrlich zu sein, uns mit der „Unverzichtbarkeit des Ehrenamtes“ beeindrucken zu wollen. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass man uns lobt, weil es sehr vorteilhaft ist für staatliche Einrichtungen, wenn wir Sorge dafür tragen, dass der „Flüchtlingsladen“ läuft.

Hier in unserer kleinen Stadt sorgen etwa 300 Menschen in guter Kooperation mit der Stadtverwaltung und den Kirchen dafür, dass Geflüchtete einen Ort des Willkommens erleben und Hilfen erfahren.

Für diese vielen Initiativen erhielten wir in Haltern am See den Bürgerpreis „Ehrenamt“. Wie schön, dass er von Bürgern

ausgelobt wurde, nicht von Politikern, die es nicht so meinen. Wir haben uns darüber gefreut. Die Anerkennung kam von unseren Mitbürgern, von unserem Bürgermeister nahmen wir sie gern entgegen. Für mich war es keine Ehre, ihn mit vielen anderen zu erhalten, es war eine Freude. Der Name „Bürgerpreis“ für die Auszeichnung wäre in meinen Augen ausreichend gewesen.

Jedoch auch ohne Preise werden wir weiter helfen, so wie wir es wollen, zumindest werden wir es versuchen. Wir werden die Regierenden nicht danach fragen, ob es ihnen passt. Wir werden frei sein in unserer Hilfsbereitschaft, Verantwortung für den Nächsten. Wir werden argumentieren, organisieren, protestieren, handeln! Wir werden Vertreter unserer Interessen wählen, die bereit sind, mit uns an einer gerechteren Welt zu bauen und unsere Verantwortung für die Welt und unsere deutsche Geschichte im Blick haben. Denen, die unsägliche, millionenfache Morde und Verbrechen unseres Volkes als Fliegenschiss der Geschichte bezeichnen, werden wir den Kampf ansagen.

Die ewig Gestrigen wollen es natürlich nicht wahrhaben, dass ab 2015 mit dem Eintreffen vieler Flüchtlinge die Arbeitslosigkeit deutlich sank, das Steueraufkommen enorm anstieg, die Sozialkassen sich wie nie füllten, das Bruttosozialprodukt auf Rekordniveau stieg, die Staatsverschuldung sank. Tendenziell ist das bis heute so geblieben. Wie kommt das? War die Bereitschaft, Geflüchtete willkommen zu heißen, gar ein unbewusst geschnürtes Konjunkturpaket? Hat irgendjemand in unserem Land auf etwas verzichtet, gab es ein Butterbrot weniger, wurde auch nur ein Kilometer weniger Auto gefahren, flog man weniger oft in Urlaub, gab es einen Cent weniger Pension oder Rente, sank das Kindergeld?

Inzwischen sieht man in der Welt anders als noch vor 10 Jahren auf unser Land: Wir sind nicht mehr das Land der Kriegstreiber, der Herrenmenschen, der Rassenwahnsinnigen. Der Tod war ein Meister aus Deutschland. Wir, die vielen Flüchtlingshelferinnen und Helfer trugen dazu bei, das Gesicht Deutschlands in der Welt zu ändern. Wir Menschen im „Ehrenamt“ schufen einen Wert, der nicht bezahlbar ist.

Der Begriff „Ehrenamt“ wird wohl bleiben, er ist möglicherweise in vielen Fällen anerkennend gemeint. Ich mag das Wort dennoch nicht. Darüber zu schreiben war mir ein Bedürfnis.



Hermann Döbber, 71 Jahre alt, 4 Kinder, 5 Enkelkinder; ehemals selbständiger Kaufmann, Leichtathlet, Volleyballspieler, Mitglied der Partei Bündnis 90 Die Grünen, langjährig im Asylkreis Haltern tätig. Hobbys: Radfahren, Hühnerhaltung, Kunst

Gerrit Warsen

In einer Welt aus den Fugen

Die Welt sei aus den Fugen geraten, wird oft und vielerorts beklagt: Wir müssen hin bzw. wieder zurück zu Basisregeln, heraus aus der internationalen Anarchie und all den innergesellschaftlichen oft blutigen Verwerfungen.

Viele scheinen von einem gefährlichen Ungeist und bisweilen gar Mutwillen des Brückenabbruchs und Rechtsbruchs erfasst. Kopscheu vor der teils schwindelnden Globalisierung und identitäre Gründeleien verführen trotzköpfig auf nationalistische Irrrückwege. Die britischen Brexitiers führen es gerade auf der Weltbühne abschreckend auf und vor. Was jetzt nottut, ist dagegen in der Spaßgesellschaft die, wie Greta Thunbergs, jetzt mal wirklich ernste Rückbesinnung mit Blick über die Tellerränder im kritischen Hoffungsgeist Willi Brandts und Ernst Blochs: Wir waren doch schon mal weiter!

Es war z.B. ein ganz großer Schritt, nach Zerschlagung des Völkerbunds mit Gewaltvermeidungsgebot ein Gewaltmonopol mit Gewaltverbot nach Art. 2 der UN-Charta aufzurichten. Nun scheint die Autorität der UNO inzwischen fast bis zur erbarmungswürdigen Einflusslosigkeit erodiert. Andreas Zumas hat in seinem Buch „Globales Chaos, Machtlose UNO“ 2015 den Niedergang dieser für uns alle überlebensnotwendigen Institution deprimierend aufgezeichnet. Verantwortlich sind voran alle fünf Mitglieder des Weltsicherheitsrates mit Vetorecht, die, statt sich zu blockieren, die Größe hätten aufbringen müssen, das Gremium demokratisch-repräsentativ aus allen Erdteilen zu erweitern und durch Mehrheitsentscheidbarkeit handlungsfähig zu machen. Gerade dem Land mit der Verfassung von 1776 mit „Recht auf Glück!“ hätte diese Größe angestanden. Wo sonst war solches eronnen und für alle versprochen. Ich finde, dieses Verständnis von Freiheit müssen wir unbedingt behalten. Und umso empörend-enttäuschender benimmt sich dieses Land innen- und außenpolitisch seit dem 2. Weltkrieg mit Weltherrschaftsanspruch und seiner Version der meist gewaltsam-interventionistischen Verbreitung von freedom and democracy.

Es hat unter Führung seines Präsidenten G.W. Bush, – ich dachte: am Höhepunkt seines Gewaltpotentials, am Tiefpunkt seines Ansehens und, hoffentlich, am Wendepunkt zum Niedergang unter die Völker, – den Rest der UNO-Autorität, Völkerrecht und Wahrheit selbstherrlich beiseitegeschoben und gemeint, kriegsverbrecherisch über Tausende Leichen und Riesentrümmerhaufen hinwegtrampeln zu dürfen, ihrer Verfassung von 1776 himmelschreiend widersprechend. Es hat die seit eh ruhelose Weltregion noch einmal und noch viel schlimmer ruiniert, um sich dann nach vollbrachter Untat aus dem schuldhaft maßgeblich mitverursachten syrischen Chaos davonzumachen.

Von Sanktionen war nebenbei nicht die Rede.

Und überhaupt wähnt sich das Land über dem Völkerrecht und der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichts in Den Haag weit erhaben. Empörender Dauerskandal!

Das von Präsident Obama herablassend-selbstgefällig „schwache Regionalmacht“ genannte Russland glaubte dann

wohl unter Putin, sich im weltöffentlichen Windschatten des großen Völkerrechtsbrechers den „kleineren“ Völkerrechtsbruch leisten zu können angesichts fast 70% russischer Bevölkerung auf der Krim, jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Russland, ausladend vergiftender Ankündigungen aus Kiew, die russische Sprache dort zu unterbinden, den Sewastopol-Militärhafen-Vertrag nicht über 2017 hinaus zu verlängern und der Tatsache, dass dort kein Schuss fiel, in diesem Fall nun aber mit immer hartnäckig verlängerten Sanktionen.

Man kann den erbärmlichen Eindruck gewinnen, dass es unter den EU-Europäern außenpolitisch nur zu dieser Einigkeit reicht. Bei solcher Doppelmoral wird auf die Dauer keine völkerrechtliche Basisregel mehr zu retten sein, die Vertrauen und Befolgung verdient.

Ähnlich weitgehend unbekannt-verdrängt, aber genauso existentiell ist die gerade von den Atomwaffenbesitzern mit Füßen getretene Basisregel des Art. VI des Atomwaffensperrvertrages, der zu unverzüglicher atomarer Abrüstung auf null verpflichtet. 2007 und 2009 haben sich acht vormals Mächtige mit Kissinger, Schmidt u.a. aufsehenerregend warnend zu Wort gemeldet, allein schnell verhallt und folgenlos. Die Atomraketen in der Eifel werden statt „längst abgezogen“ „verbessert“. Nur massenhafter Protest überall wird wohl die Abschreckungslogik mit all ihren macht- und geldgestützten Rationalisierungen zum Einsturz bringen können, wenn wir von dieser Geiselhaft befreit werden wollen.

1989/90 war eines der meist knappen Zeitfenster und Gelegenheit zur Weichenstellung, „das europäische Haus zu bauen“ und dabei vor allem im Brandt-Bahrschen Geist zu ringen: um jede/n Soldaten, Panzer, Militärjet und Rakete weniger! Stattdessen wurde die russische Schwäche ausgenutzt, seine Einkreisung zu vervollständigen, und, wie man manchmal glauben kann, die Nato als internationale Polizei- und Ordnungstruppe ohne Legitimation die Vereinten Nationen ablösen zu wollen.

Was anzustreben ist, eine geschichtlich vorbild- und beispiellose völkerrechtliche Persönlichkeit, emanzipiert von den Vereinigten Staaten und selbstbewusst im Bewusstsein der ganzen Geschichte und aller gegenseitigen Angewiesenheiten immer mit Verständigung mit Russland und Frieden auf dem Kontinent und weltweit suchend in Gustav Heinemanns und im Brandt-Bahrschen Sinne: Der Friede ist der Ernstfall. Und: Ohne den Frieden ist alles nichts.

Ich glaube immer noch, dass die gewichtigsten nachwirkenden Ereignisse auf dem Kontinent in der kollektiven Erinnerung neben dem Holocaust und dem – von Berlin absichtsvoll ermöglicht und finanziert – leninistisch-stalinistischen Menschenversuch am russischen Volk die Tatsachen sind, dass einer aus Paris 1812 mit 600.000 westeuropäischen Soldaten Russland unterwerfen und in die Englandblockade zu zwingen versuchte und dass die Nazis 1941 das russische Volk teils austilgen und im Übrigen versklaven wollten. Worum es gehen muss, ist nicht die immer weitere Aufrüstung im Interesse der je eigenen Sicherheit und in immer wütenderer

Gegnerschaft zur anderen Seite, was nach aller Erfahrung in totale Unsicherheit umschlagen kann. Das Gebot der Stunde ist das der gemeinsamen Sicherheit, also des sicherheitspolitisch kategorischen Imperativs, sich immer und immer wieder in das Gegenüber zu versetzen. Wir sind beunruhigend wieder im Freund-Feind-Modus des Kalten Krieges gelandet, völkerrechtlich, glaubt man, de facto auf 1648 zurückgefallen. Die Waffenschmied tun das ihre dazu. Forschung und Produktion aus den Waffenschmieden, vor denen schon Eisenhower nach dem Amt 1961 warnte, gehören m.E. verstaatlicht. Kontrolle und demokratische Entscheidung, was zur politischen Bemessung und Bestimmung zur Landesverteidigung nötig ist und Sinn macht, muss ausnahmslos parlamentarischer Debatte und Entscheidung unterworfen sein. Stattdessen findet Waffenforschung und -produktion einstweilen unter dem Regime der Gewinnmaximierung statt. Größten Gewinn verspricht einfach, wer kaufen kann und seiner Macht wegen haben will, eigentlich der wahre Treibsatz für Aufrüstung und diese Aufheizung der Erde, die doch längst das Spannungsgebiet ist. Dieser Treibsatz droht am Ende alle Rüstungskontrollvereinbarungen zu sprengen. Wir sehen gerade, dass beide Seiten mit der Aufkündigung einer für uns alle hier auf dem Kontinent so überlebenswichtigen Gemeinsamkeit ziemlich sang- und klaglos einverstanden scheinen. In den Waffenschmieden war längst „Besseres“, Lukrativeres eronnen. Nur (!) darum geht es. „We have nice new smart rockets“, triumphierte Trump vor kurzem. Und aus Putin in Moskau tönte es sinngemäß: Wir haben neue Waffen, die uns unbesiegbar machen. Das unter allen Umständen, also auch um den Preis des Ganzen, „Siegen können wollen“ ist Wesen und Kern des auch derzeit aufgeheizten Rüstungsirrsinns. Stefan Zweig hat am Vorabend seines Suizids 1942 notiert: Was fehlt, ist die Gegnerschaft gegen den Krieg an sich!

Verhängnisvoll falsche Weichenstellungen mit schlechten Basisregeln gibt es auch in der Behandlung von Flüchtlingen und Migranten, seit Jahrzehnten ohne Linie schwankend zwischen Befürwortung und Ablehnung von Einwanderung. Das von allem Anfang an dringend notwendige Einwanderungsgesetz ist noch immer nicht da. Und man muss befürchten, dass die Einwanderungskriterien so eng gestrickt werden, dass davon ein nennenswerter Integrationseffekt kaum zu erwarten ist.

Überhaupt hätte sich unserm Land als größtem in Europas Mitte mit seiner Geschichte (!) ganz im Gegensatz zur häufigen Rede von der „größeren Verantwortung“ wirklich mehr Größe statt insgeheim oft „Germany first“ etwas ganz anderes angestanden. Immer aus der Rede über die größere Verantwortung und über diese berüchtigte andere Rede von den sog. Optionen, die alle auf dem Tisch liegen, oft nur nicht auf dem des Weltsicherheitsrats in New York (!), höre ich unweigerlich heraus, dass die skrupelhaft moralisierenden feigen Deutschen beim Töten außerhalb der Grenzen wieder dabei sein müssen.

Nein! Deutschland hat seine Untat an Leid und Trümmern übervoll für alle Zeiten.

Statt z.B. ein Einwanderungsgesetz zu schaffen, hat eine ganz große parlamentarische Mehrheit mit dem Artikel 16a GG 1993 ein verfassungsrechtliches Monstrum „geschafft“, das mit dem 1. Absatz großzügig Asyl gewährt, um es mit den folgenden Absätzen für unser Land de facto zu beseitigen, zu Lasten aller drumherum. Zu Lasten aller drumhe-

run und der Schwächeren im Lande gingen auch rigorose Stückkostensenkung und permanente Exportüberschüsse bei kalkuliert-schwächerer Binnenkonjunktur und schon grotesk zugenommener Ungerechtigkeit der Vermögenverteilung. Wir sind leider auf dem Weg zu amerikanischen sozialen Verhältnissen diametral gegen die Basisregel des Artikel 14 GG, der Eigentum verpflichtet und seinen Gebrauch zum Wohl der Allgemeinheit gebietet.

Die dem Art. 16a GG zugrundeliegende Haltung hat fatal weitergewirkt und sich 1997/2003 niedergeschlagen in den verhängnisvollen Dublinregeln, denen Unwahrhaftigkeit, Unaufrichtigkeit, Ungerechtigkeit, Unvernunft schon auf die Stirn geschrieben waren, ein opportunistisches Kompromisskonstrukt zu Zeiten relativ weniger Flüchtlinge, die man den wirtschaftlich schwächeren Südländern meinte aufladen zu können, just das, was jetzt z.B. den italienischen Rechtspopulismus stärkt, an den der deutsche Innenminister nahtlos andockt.

All das dort politisch und menschlich im Süden abladen zu wollen, kann nicht gehen. Diese schweren Versäumnisse werden die EU in immer schwereres Fahrwasser bringen.

In den letzten Jahren habe ich gedacht, das Beste im Lande – weit hinter unsern tollen Autos mit ökologegenen Vorrichtungen, den vielfach perfekten Symbolen der Uneinsichtigkeit – ist es, zu helfen und mit meinen eigenen Mitteln und Kräften an irgendeiner Stelle irgendwie mitzuwirken, „das“ zu schaffen. Wirklich vollkommen überflüssig und in allen Hinsichten schädlich sind aber solche Parallelstrukturen wie lagerartige Anker- oder anders genannte Zentren zur Abschottung und Fluchtabwehr: für die Öffentlichkeit, intransparent und undemokratisch, kaum einsehbare Zonen beschädigter Menschlichkeit, die Menschen- und deutsches Verfassungsrecht verletzen.

Was nötig war und bleibt, ist auf allen ehrenamtlich-zivilgesellschaftlichen, Verwaltungs- und politischen Ebenen die wirkliche menschen- und grundrechtliche Norm. Ständige „Verschärfungen“ des Innenministers im Ungeiste Ungarns Orbans verletzen die Helfer und untergraben die Hilfsbereitschaft, ohne die es nie und nimmer geschafft werden kann.

Hoffnung? Zuversicht?

Wo die Gefahr ist, wächst das Rettende auch.

Auf die Dauer scheidet nach aller Erfahrung die innerlich faule, unwahrhaftige Regel und das schnöde Ignorieren der guten lebensnotwendigen Regel.

Hoffentlich, sagte der Bischof Scharf, schickt Gott nur mäßige Katastrophen.

Mit Greta Thunberg sind Abertausende junger Menschen unterwegs, die instinktiv und gutinformiert begriffen haben.

Die vielen Hilfsbereiten im Lande sind weiter da.

Trump wird beim nächsten Mal knapp, aber verlieren.

Unser Land bekommt beim nächsten Mal hoffentlich eine Regierung mit wesentlich mehr Entschlossenheit für wesentlich mehr innere Gerechtigkeit und, was mich betrifft, weniger digital-technisch-technokratische Luxusverschlimmberungen des Wettbewerbsmenschen.

Ich glaube, dass nur ein so regiertes und geprägtes Deutschland zu einem solidarischeren Europa verhelfen kann.

Michael Bertram

Zwischen den Welten

Nordsyrien im Niemandsland des syrischen Chaos

Beziehungsstatus? Es ist kompliziert. So zumindest könnte man die Lage in Nordsyrien zusammenfassen. Gefangen in einem Limbus zwischen Erdogan, Assad und den Überresten des IS geht es weder vor noch zurück.

Und dabei schien es so einfach zu laufen: Der IS auf dem Rückzug, die Position gegenüber der Türkei gestärkt, schien der syrische Bürgerkrieg seiner letzten Phase entgegenzulaufen. Jedoch ist in der Ära Trump nichts so schnelllebig wie die US-Politik: Trotz mehrfacher Beteuerungen des Pentagons, dass man die syrischen Kurden und ihre arabisch-turkmenischen Verbündeten, die „Syrisch-Demokratischen Kräfte“ (SDK), nicht im Stich lassen würde, erklärte Trump am 19. Dezember letzten Jahres, dass die USA sich einseitig aus Syrien zurückziehen würden. Diese Ankündigung riss ein Loch in alle diplomatischen Planungen der letzten Jahre: US-Soldaten, die Tage zuvor noch bei Einheimischen gegessen und mit ihnen gescherzt hatten, erfuhren nun über Twitter, dass sie die Menschen, zu deren Schutz sie gekommen waren, allein zurücklassen würden. In Ankara herrschte hingegen Hochstimmung: Endlich, so dachte Erdogan, könne er die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien zerschlagen und durch die Herrschaft seiner Privatarmee, der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), ersetzen.

Für die SDK und die politischen Vertreter der Administration Nordsyriens schlug die Nachricht sofort ein: Man hatte zwar immer mit einem Abzug der USA gerechnet, jedoch nicht mit einem so schnellen und so chaotischen. War der Abzug wirklich spontan? Oder doch eine Absprache mit Erdogan, der sofort zuschlagen würde, wenn er die Möglichkeit hätte? Diese Fragen stellten sich viele, in Syrien wie im Pentagon. In diesem Moment lohnte es sich, dass die Selbstverwaltung Nordsyriens trotz einiger Spannungen mit dem Assad-Regime in Damaskus nie komplett die Gesprächskanäle aufgegeben hatte. Im Eiltempo reisten Vertreter der syrischen Kurden nach Damaskus und trafen sich mit Regimevertreter. Die Gerüchteküche spielte verrückt: Würden syrische Truppen den Grenzabschnitt übernehmen? Was würde Russland machen, das einerseits Assad unterstützt, andererseits die Türkei umwirbt?

Den Worten folgten auch Taten: Syrische Regierungstruppen rückten in syrisch-kurdisches Gebiet ein: An der inoffiziellen Grenze zwischen der von türkischer Armee und ihren FSA-Freischärlern, westlich der Stadt Manbij, rückten Soldaten der syrischen Armee als Puffer ein, um einen befürchteten (und von Erdogan angekündigten) Vormarsch bis zum Euphrat zu verhindern. Doch kam es letztlich auf den Willen Putins an: Die Eroberung des syrisch-kurdischen Afrin durch Erdogans Söldner war damals gegen den Willen Assads geschehen, der schon damals Unterstützung an die Kurden geschickt hatte, jedoch von Russland an einem stärkeren Eingreifen zugunsten der syrischen Kurden behindert wurde. Denn Russland hatte sich zuvor aus Afrin zurückgezogen, als Teil der russischen Gesamtstrategie, die Türkei aus dem westlichen Bündnis hinauszubrechen. Andererseits will Russland

das Assad-Regime stärken, ohne es jedoch unabhängig von Moskau zu machen.

Gefangen in diesen Widersprüchen hielt sich Russland erst zurück und ließ sich alle Optionen offen: Es kam zu Gesprächen zwischen Vertretern der syrischen Kurden und russischen Regierungsvertretern in Moskau und Damaskus. Doch letztlich kamen die USA allen Planungen zuvor: So erklärte das Pentagon im Januar 2019, dass der Abzug an eine Kondition geknüpft sei: Die Sicherheit der syrischen Kurden und der Selbstverwaltung Nordsyriens. Für Erdogan war das eine erhebliche Niederlage: Seine Pläne, die Selbstverwaltung zu zerschlagen und Nordsyrien zu besetzen, mussten gestoppt werden. Und auch für Russland war die neue US-Syrienpolitik eine Niederlage: Nun hing nicht mehr alles von Moskaus Willen ab, dem sich alle fügen müssen würden.

Putin reagierte nun auf diesen Machtverlust: Die vorangeschrittenen Verhandlungen zwischen dem Assad-Regime und der Selbstverwaltung Nordsyriens wurden verlangsamt und sabotiert, indem Russland das Regime zu absurden Maximalforderungen zwang. Die Verhandlungen versandeten und letztlich blieb alles so, wie es bis zur Ankündigung des US-Abzugs Mitte Dezember gewesen war: Damaskus und Nordsyrien halten Kontakt, handeln und sprechen sich manchmal ab, aber letztlich kann die Zweiteilung nicht überwunden werden.

Und so ändert sich auch nichts an der Lage der syrischen Binnenflüchtlinge: In den Gebieten der nordsyrischen Selbstverwaltung wird für sie so viel getan, wie es US-Hilfslieferungen und Handel mit Damaskus einerseits und dem Irak andererseits erlauben. In der Enklave um Tal Rifaat bleibt die Lage jedoch katastrophal: Zwar war das an Afrin grenzende, unter Kontrolle der syrischen Kurden stehende Gebiet im Rahmen der türkischen Afrin-Offensive nicht besetzt und geplündert worden, doch ist es seitdem abgeschnitten von syrisch-kurdischen Gebieten, nördlich, westlich und östlich umgeben von türkischen Truppen und den Dschihadisten der FSA und gen Süden abhängig vom Regime, das die Großstadt Aleppo kontrolliert. Diese Abhängigkeit hat Folgen: Wer ausreisen will, muss die Grenzposten bestechen und zwar mit vielen tausenden syrischen Pfund. Andererseits ist die Region jedoch auch hoffnungslos überfüllt; fast eine halbe Million Syrer sind aus Afrin vor dem türkischen Einmarsch geflohen. Die Flüchtlingslager der UNHCR können die Menschen nicht fassen. Die Lager sind chronisch schlecht finanziert und durch starke Regenfälle in Abwechslung mit großer Hitze erkranken viele Geflüchtete.

Und so lange der syrische Krieg nicht endet, wird sich daran wohl wenig ändern: Denn sowohl USA als auch Russland verfolgen in Syrien keine humanitären sondern geopolitische Interessen. Und so lange bleiben auch die Syrerinnen und Syrer nur Schachfiguren.

Michael Bertram, 21, studiert Evangelische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum. Er verfolgt den syrischen Bürgerkrieg bereits seit 2014, stets an der Seite der kurdischen Bewegung.

Einhard Schmidt-Kallert

Unverständliche Regeln

ZWURF

„Es ist herrlich Flüchtling zu sein“, sagte Judith Kerr, die vor Kurzem gestorbene Kinderbuchautorin und Zeichnerin, die als Kind mit ihren Eltern auf Umwegen aus Nazi-Deutschland nach England hatte fliehen müssen, vor drei Jahren bei ihrem letzten öffentlichen Auftritt in Berlin. Wirklich? fragten sich ihre Zuhörer ungläubig. Dann erläuterte Kerr, welch gutes Gefühl es sei, als junger Mensch in ein fremdes Land zu kommen, zunächst nichts zu verstehen, aber schon ein Jahr später eine neue Sprache zu sprechen. Ein Satz, gesprochen nach Jahrzehnten, am Ende eines langen Lebens. Schließlich hatte auch sie Jahrzehnte gebraucht, bis sie in ihrem ersten Kinderbuch über ihre Fluchterfahrungen hatte schreiben können.

Ich denke zurück an den Sommer 2015. Der Satz der Kanzlerin: „Wir schaffen das“, auch das war so ein seltsam hoffnungsvoller Satz im Angesicht von Flucht und Vertreibung. Die Bilder erschöpfter Neuankömmlinge kommen wieder, auch Bilder der vielen Tausend freiwilligen Helfer, Bilder einer lange nicht gekannten Willkommenskultur, ja das gab es alles wirklich in unserem Land, bis dann die Debatten um die „Flüchtlingskrise“ immer verkrampfter wurden, bis enttäuschte Freiwillige über ihren Frust mit unzuverlässigen Sprachschülern, mit schwierigen Flüchtlingen schrieben. Natürlich, auch das war Realität. Und heute, in einer Zeit, in der es immer weniger Neuankömmlinge in unser Land schaffen, dominiert in den Medien die unsägliche Debatte um Ankerzentren.



Die Stimme der Geflüchteten selbst war von Anfang an nur schwer zu hören, und das ist vier Jahre später nicht besser geworden. Ich blättere in Aufzeichnungen, die ich Ende 2015, Anfang 2016 von Gesprächen mit Geflüchteten gemacht habe. Keine Interviews, eher zufällige Begegnungen.

Anfang 2016 treffe ich am Morgen in der S-Bahn zwischen Düsseldorf und Dortmund auf Ibrahim und Ahmed. Die beiden wirken übermüdet nach einer schlaflosen Nacht. In einer Mischung aus Französisch, englischen und deutschen Brocken erzählen sie mir: Im September 2015 seien sie mit 700 anderen Flüchtlingen in einem Zug in Deutschland angekommen. Marokko, Türkei, dann Balkanroute. Berber seien sie, beide hatten vorher in einem Restaurant in Nador in Marokko gearbeitet. Als Kellner und Küchenhelfer. Sie hatten ihre Ersparnisse in die Reise nach Deutschland gesteckt. „Als wir in Dortmund ankamen, hieß uns der Oberbürgermeister willkommen. Das war großartig. Wir dachten, wir seien im Paradies gelandet – und wir würden Arbeit in einem Restaurant finden“, erinnert sich Ahmed, „doch dann kamen wir ins Lager. Monatelang Nichtstun. Ein bisschen Sprachkurs. Sonst

nichts.“ Alle paar Tage fahren sie mit dem Zug nach Düsseldorf, wo es mehrere Felafelbuden gibt, die von Berbern aus ihrer Heimatstadt betrieben werden. „Aber letzte Nacht ließ uns der Eigentümer der Felafelbude in der Altstadt, wo wir vorher als Küchenhelfer gearbeitet hatten, fünf Stunden warten. Für ihn sei es zu gefährlich, wenn wir in der Küche gefunden würden. Erst nach 4 Uhr am Morgen erlaubte er uns, seinen Laden sauber zu machen. Dann gab er jedem von uns 10 Euro für vier Stunden Arbeit.“ Weniger als das Geld für die Fahrkarte, aber Ibrahim und Ahmed wissen schon, dass um acht Uhr selten Kontrolleure in der S-Bahn sind. Deutschland, ein Land voller unverständlicher Regeln!

Ein paar Wochen später bin ich in Dohuk, einer Stadt von offiziell 320.000 Einwohnern im Nordirak. Keiner weiß, wie viele Binnenflüchtlinge nach dem Einmarsch des IS in Mosul in der Stadt Unterschlupf gefunden haben.

Zaid ist einer von ihnen, ein schlaksiger junger Mann, gerade 19 Jahre alt. Er kommt aus einer arabischen Familie und ist in der Sindschar-Ebene aufgewachsen. „Ich habe Glück gehabt, ich war nur ein paar Jahre auf der arabischen Schule, kann zwar etwas Kurdisch sprechen, aber nicht lesen. Aber ich habe vorher schon schwere LKWs gefahren, deshalb habe ich den Job als Taxifahrer bekommen. Der Chef stellte nicht viele Fragen, warf auch nur einen flüchtigen Blick auf die Papiere, die ich ihm zeigen konnte. Er sah einfach, dass ich ein geschickter Fahrer bin.“ Nach der Vertreibung aus ihrem Haus, aus ihrem Dorf war die achtköpfige Familie anderthalb Jahre vorher in einem Flüchtlingslager 60 Kilometer von Dohuk entfernt gelandet. „In den Zelten war kein Strom, keine Heizung im Winter.

Und Trinkwasser gab es jeden Tag nur zwei Stunden lang. Mein Vater wurde krank. Das haben meine Eltern nicht ausgehalten, vor dem Winter mussten wir einfach weg.“ Erst fand Zaid den Job als Fahrer,



dann die Wohnung für die Familie. Jetzt finanziert er mit seinem Lohn die Wohnung und den Unterhalt für die ganze Familie: Vater, Mutter, Geschwister, und er wirkt sichtlich stolz.

Natürlich, auch in Dohuk gibt es Vorschriften, gibt es staatliche Regelungen, aber vieles passiert eben „informell“, wie Sozialwissenschaftler sagen, und nur so war es möglich, in kurzer Zeit so viele Binnenflüchtlinge aufzunehmen – und zu integrieren.

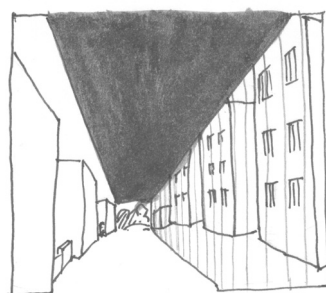
Einhard Schmidt-Kallert, Jg. 1949, lebt in Essen, Raumplaner mit Erfahrungen in vielen Ländern, insbesondere im globalen Süden, war Hochschullehrer in Dortmund, zuletzt Gastdozent in Dohuk im Nordirak, von dort sind auch die Fotos aus dem Flüchtlingslager in Khanke.

Manfred Walz mit Kai Bettermann

Menschenort 41

Gruß der unsichtbar Ausgegrenzten

Wir nähern uns dem Ort außerhalb von Wuppertal-Ronsdorf. Über den Hügel unten, grün abgegrenzt: Steinerner Fassade mit riesigen Blechtoren. Dahinter wohl einige hundert junge Menschen: die JVA für Untersuchungshäftlinge und Verurteilte. Eintritt in eine große Halle, betonierte und gefegt. Frage nach Ausweis und Kontrollblick ins Gesicht. Eintritt gestattet weil Kai uns angemeldet hat – Theater der „Knackis“ zur Ringparabel. Nächstes Tor: der Eingang zum Theater. Links die Werkstatthäuser, rechts die Gefangenenhäuser scharfkantig gebaut, kleine vergitterte Öffnungen.



Im Abstand hinter den Maschendrahtwänden zuerst die Kuben für Untersuchungshäftlinge. Vor uns die lange Betonrampe. Ganz hinten im Tal, am Ende der steinernen Baureihe liegt der Versammlungsraum, der heute Theaterort ist. Die Hände beginnen zu frieren, das Herz zieht sich zusammen. Wir sind weit draußen in der steinernen kalten Stadt angekommen.

Die Ringparabel

Die Auswahl der Parabel war durchaus Programm und Herausforderung für beide, Darsteller und Regie: Ein Vater schenkt, da er keinen der geliebten Söhne benachteiligen möchte, jedem einen Ring. Sie sind nicht unterscheidbar vom echten, den er versprochen hatte. Lessing legt den drei Religionen Christentum, Islam und Judentum Toleranz nahe gegenüber den jeweils anders Gläubigen. Die Botschaft für die Darsteller heißt an diesem Ort, mit dem Theater und allen eintretenden Randbedingungen, ihre Lebenssituation und ihre Einstellungen zu anderen Glaubensbekenntnissen zu überprüfen. Das besondere Problem war für die islamisch Gläubigen, einen Juden darzustellen – und dann noch vor ihren Familien im Publikum.

Die Pfarrerin/Seelsorgerin, Ulrike Hollander und der Schauspieler Kai Bettermann, wählten eine Umschreibung von Hans Peter Krüger (Der Herr des Rings), die dieses zentrale Problem zu berücksichtigen erlaubte. Zum Einstieg wurden per Zeitungsanzeige Darsteller für die Aufführung des Dramas gesucht. Drei Pärchen interessierten sich. Die Darstellung eines Juden war damit begrenzt.

12 Wochen wurde geprobt unter den besonderen Bedingungen der Darsteller, ihrer Situation und des Orts. Immer wieder war mit näher rückender Aufführung Konzentration und Textbeherrschung gefragt. Das war die Herausforderung, die von den Darstellern forderte, ihre „Alphatier“-Spiele in den Proben abzulegen und ihren Text einzubringen. Kurze Zeit vor der Premiere kam die Explosion: der Abend wurde abgesagt. Die Regie war erschöpft. Dann geschah das Besondere: Die Darsteller setzen sich zusammen. Und die Wende kam: Einer sagte „Ich habe die Texte gelernt. Meine Brüder habe ich eingeladen: Schaut mal, das kann ich!“ Sie überzeugten die

Regie mit einer Probe, die die Texte mit voller Konzentration brachte. Die Premiere war gerettet: die Regie war überzeugt, die Darsteller waren in ihrer Leidenschaft sich zu präsentieren, für die Aufführung zusammengewachsen.



Aufführung

Eine kleine Bühne mit den Bausteinen R-I-N-G-P-A-R-A-B-E-L, rechts und links große Tafeln mit den Symbolen einiger der vielen Religionen dieser Welt. Nur auf drei von ihnen, die christliche, die mohammedanische und die jüdische bezieht sich Lessings Drama. Das ist Stoff genug für die „Knackis“. Die meisten von ihnen beziehen sich auf den Koran oder die Bibel. Jüdisch orientierte „Knackis“ gibt es nicht. Erwartungsvolles Publikum: mehr als hundert Angehörige, Freunde und Eingeladene wie wir. Am Eingang aufmerksam besorgte Schutzbeamte. Viele Freunde und Verwandte waren im Saal, der Beifall nach dem Spiel war sehr lang und herzlich. Die Spieler fröhlich, deutlich erleichtert und stolz. Anders als bei Lessing erhielt jeder Mitwirkende einen Ring, den er später, begleitet von Umarmungen und erfreuten Blicken der Seinen, zurücktrug in seine Zelle im Herzen der steinernen Stadt.

Wirkungen nach innen und außen

Die Ringparabel selbst mit den Gefangenen zu spielen, ist ein Beispiel eines ins Gefängnis eingeholten mit den Ausgegrenzten selbst aufgesetzten Toleranzkonzepts. Es steht im Gegensatz zum reibungsreichen Gefängnisalltag, der vom Einzelnen fordert, so war zu hören, sich jeden Tag neu zu behaupten. Wichtig darüber hinaus und sicher längerfristig wirkend für die aus ihren Bezügen Ausgegrenzten selbst ist die neue Sicht nach der Aufführung von Familie, Freundinnen und Freunden auf „ihre“ Einsitzenden. Theater ist also ein kleines aber wichtiges Beispiel, die tatsächliche Ausgrenzung ein wenig zu überwinden.

Nach Schluss der Aufführung stiegen wir die lange Rampe hoch, angeweht von der Kühle des Orts, zurück durchs Blechtor, zurück in unseren Tag – AUSATMEN.

Kai Bettermann: Nach seinem Schauspielstudium an der Akademie in Ulm 1991 spielte er auf vielen Bühnen der freien Theaterszene NRW sowie beim Kinder- und Jugendtheater Dortmund, der Jungen Oper Dortmund, den Stadttheatern Essen, Oberhausen und Duisburg. Seit 1993 ist er Mitglied beim „Theater der Klänge“ in Düsseldorf. Dort inspiriert ihn die Kombination von Tanz, Maskenspiel, Gesang und Musik. Seit 20 Jahren ist er Dozent für Körperpräsenz und Stimme, inszeniert Theaterstücke mit Flüchtlingen und Gefangenen.

Manfred Walz aus Berlin angekommen freut sich mit diesem Menschenort wieder einen besonderen Ort gefunden zu haben, der wenn auch abseits gelegt, Teil des Alltags ist und bleiben wird.

Gideon Levy – Haaretz am 19. Mai 2019

Deutschland, Schande über Sie und Ihre Anti-BDS-Lösung

Deutschland hat gerade die Gerechtigkeit kriminalisiert. Eine Mischung aus gerechtfertigten Schuldgefühlen, die durch zynische und manipulative israelische Erpressung inszeniert und in ekelhafte Extreme getrieben wurden, veranlasste das Bundsparlament am 17. Mai, einen der empörendsten und bizarrsten Beschlüsse seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu verabschieden. Der Bundestag hat die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung gegen Israel als antisemitisch bezeichnet. Benjamin Netanyahu und Gilad Erdan* freuten sich. Deutschland sollte sich schämen.

Von nun an wird Deutschland jeden Unterstützer von BDS als Judenhasser betrachten; wer „die israelische Besatzung“ sagt, wird betrachtet werden wie ein Judenhasser, als sagte er „Heil Hitler“. Deutschland kann sich von nun an nicht mehr seiner Meinungsfreiheit rühmen. Es ist zu einem Handlanger des israelischen Kolonialismus geworden. Einige sind zwar Antisemiten, aber die Mehrheit der BDS-Anhänger sind Personen mit Gewissen, die glauben, dass ein Apartheidstaat es verdient hat, boykottiert zu werden. Was ist daran antisemitisch?

Die Mehrheit der Parteien im Bundestag unterstützte den Antrag, darunter auch die von Bundeskanzlerin Angela Merkel, des Gewissens Europas. Wie traurig. So lähmend sind die Schuldgefühle, so effektiv die Propaganda. Denkt Merkel, dass Daniel Barenboim – der musikalische Leiter der Berliner Staatsoper und lebenslange Chefdirigent ihres Orchesters, der Staatskapelle, ein Paradebeispiel für einen Künstler, der sich dem Gewissen und der Moral verpflichtet fühlt, ein stolzer Jude und verlegener Israeli, der Mitbegründer des West-Östlichen Divan-Orchesters, ein israelischer Patriot, ja, Patriot, der mit jeder Faser seines Seins um die Zukunft seines Landes fürchtet – auch ein Antisemit ist? Barenboim mag BDS nicht explizit unterstützen, aber seit Jahren boykottiert er still die israelischen Konzertsäle. Er kann sich nicht dazu durchringen, für Israelis zu spielen, wenn weniger als eine Autostunde vom Auditorium entfernt eine Nation unter der Besatzung stöhnt. Das ist seine edle Art, seinen Protest zum Ausdruck zu bringen. Merkel ist seine Freundin. Sie bewundert zweifellos seinen Gerechtigkeitssinn. Was wird sie jetzt zu ihm sagen?

Was wird der deutsche Gesetzgeber über diejenigen sagen, die zum Boykott der Produkte von Sweatshops oder der Fleischindustrie aufrufen? Werden sie auch kriminalisiert? Was ist mit den Sanktionen gegen Russland, wegen seiner Invasion auf der Krim? Warum ist eine Tätigkeit eines Boykotts und eine andere des Jubels würdig? Wie haben die Deutschen über die Sanktionen gegen Südafrika gedacht? Worin besteht der Unterschied?

Es ist zulässig, einen Boykott gegen ein tyrannisches Regime zu fordern, tatsächlich ist er obligatorisch. Es ist auch erlaubt, anders zu denken, zu denken, dass es kein palästinensisches Volk und keine Besatzung gibt, sondern nur ein auserwähltes Volk im verheißenen Land. Aber Deutsche, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, als Antisemiten zu kriminalisieren? Ich kenne einige von ihnen, und sie haben absolut nichts mit Antisemiten zu tun. Noch ein weiterer Schub von den Erdans, und BDS wird als terroristische Organisation bezeichnet.

Schuldgefühle sind immer schlechte Ratgeber. Diesmal erwiesen sie sich als besonders schrecklich. Deutschland ist kein Land wie jedes andere. Da ist eine tiefe Verpflichtung gegenüber dem Zustand der Juden. Es ist verpflichtet, zu ihrer Sicherheit und ihrem Wachstum beizutragen, aber diese Pflicht darf nicht moralische Blindheit und automatische Lizenz für Israel beinhalten, alles zu tun, was Israel will, und die Resolutionen der internationalen Institutionen zu missachten, die nach dem Krieg, den Deutschland angestiftet hat, entstanden sind. Deutschland hat die Pflicht, Israel zu unterstützen, aber wie jeder wahre Freund muss es auch alles tun, um zu verhindern, dass es ein böser Staat wird. Den Widerstand gegen die Besatzung zu bekämpfen, ist keine Freundschaft.

Deutschland kann Israel mit U-Booten versorgen, muss aber auch ethische Forderungen an den Staat stellen. Am Rande seiner Schuld gegenüber den Juden trägt es auch eine indirekte moralische Verantwortung für das Schicksal der Menschen, die in dem Land leben, in das die Juden aus dem deutschen Terror geflohen sind und in dem sie einen Staat gegründet haben. Deutschland hat auch eine Verpflichtung gegenüber denen, die nicht ihres Landes und ihrer Rechte beraubt worden wären, wenn es nicht zum Holocaust gekommen wäre. Dieses Volk lebt seit Jahrzehnten unter dem israelischen Stiefel. Deutschland muss bei seiner Befreiung helfen.

Mit dieser Resolution hat der Bundestag Israel, der Gerechtigkeit und dem Völkerrecht nicht geholfen. Nur die israelische Besatzung profitiert davon. Der Bundestag muss BDS nicht unterstützen, es ist erlaubt, gegen die Boykottbewegung Einspruch zu erheben. Sie aber als antisemitisch zu kriminalisieren, besonders in Deutschland? Das „andere Deutschland“ verrät seine Pflicht gegenüber der eigenen, vom Gewissen motivierten Zivilgesellschaft, gegenüber den Palästinensern und auch gegenüber Israel.

Quelle: <https://www.haaretz.com/opinion/premium-germany-shame-on-you-and-your-anti-bds-resolution-1.7254386> | Übersetzung: www.DeepL.com/Translator | Redaktion: AMOS

*Gilad M. Erdan, Minister für Sicherheit und Strategische Angelegenheiten, führt u.a. die Abteilung „Anti-BDS“. Diese wurde 2016 eingerichtet als weltweite „gezielte zivile Eliminierung“ von BDS-Anführern mit Hilfe der Geheimdienste.

... dazu:

Hintergrundmaterial zum Thema, laufend aktualisiert, auf www.palaestina-portal.eu unter „BDS“

Verlinkt wird dort u.a. zu den Webseiten mit den BDS-Original-Aufrufen, den Anträgen der Parteien im Bundestag gegen BDS, zu den Abgeordneten-Reden als Video – und zu einer Reihe von beeindruckenden deutschen und internationalen Reaktionen auf den Bundestagsbeschluss, u.a. von AutorInnen wie Amira Hass (Israel beansprucht Sieg nach dem deutschen BDS-Verbot auf Kosten der Verharmlosung des Holocaust), Arn Strohmeier (Totale Israelhörigkeit) Moshe Zuckermann (Verdinglichter Fetisch) – oder gemeinsamen Stellungnahmen von u.a. IPPW, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, pax christi Nahostkommission, Versöhnungsbund – oder von namhaften Fachleuten um das Institut für Palästinakunde in Bonn.

Lesetipps

Claudia Rammelt (Hg.)
in Verbindung mit Jan Gehm und Rebekka Scheler
Pluralität und Koexistenz, Gewalt, Flucht und Vertreibung. Christliche, jesidische und muslimische Lebenswelten in den gegenwärtigen Umbrüchen im Nahen Osten
 Münster 2019, Lit-Verlag, 332 S. (ISBN: 978-3-643-14293-1)

„Religion trifft Politik. Minderheiten im Nahen Osten“ – ein Projekt wird zum Buch: „Was wir gehört haben, darf nicht ungehört verhallen, das müssen noch mehr Menschen erfahren“ – das war der Satz, der den Stein letztlich ins Rollen brachte. Er fiel in einem kleinen Bus auf einer Schotterpiste im Nordirak, irgendwo in der Ninive-Ebene, nicht weit vom damals noch vom IS besetzten Mossul. Sechs Tage waren wir hier in Flüchtlingslagern unterwegs gewesen und hatten Fluchtgeschichten angehört.

Im Rahmen eines Seminars an der Evangelisch-Theologischen Fakultät zum Thema „Doing History“ von Dr. Claudia Rammelt, in dem bereits in Deutschland Interviews mit Geflüchteten aus Syrien und dem Irak geführt worden waren, fand die erste Berührung mit Fluchtgeschichten statt. Weitere Geschichten hörten wir dann „vor Ort“. An den meisten Tagen verließen wir die Lager sprachlos (ein Reisebericht findet sich in *AMOS* 4|17). Und eben dort entschieden wir auch: Wir wollen diese Geschichten weitertragen, die Konflikte vor Ort in unserer Heimat zum Gespräch machen.

Wir bewarben uns an der Uni für Unterstützung studentischer Initiativprojekte und hatten durch die finanzielle Unterstützung die Möglichkeit, ein interdisziplinäres Seminar mit dem Titel „Religion trifft Politik – Minderheiten im Nahen Osten“ mit Vortragsreihe ins Leben zu rufen. Nicht nur Prof. Martin Tamcke, Uni Göttingen, und Abouna Emmanuel Youkhana, Leiter der NGO CAPNI (Christian Aid Program Northern Iraq), waren zu Gast. Auch der Politikwissenschaftler Thomas Schminding von der Universität Wien und die jesidische Menschenrechtsaktivistin Olivia Elias aus dem Nordirak berichteten hautnah und lebendig von ihren Erfahrungen im Nahen Osten. Neben den wissenschaftlichen und lokalen ExpertInnen bekamen wir von Clarisse Pasztory, der Diplomatin der EU mit Sitz in Erbil, einen Überblick über die gegenwärtige Politik im Nahen Osten und die damit verbundene Arbeit, die sie dort vor Ort hat. Die Studierenden verschiedener Fachrichtungen, die am Seminar teilnahmen, hatten sich vorher Hintergrundwissen erarbeitet und konnten an die angereisten ExpertInnen offen ihre Fragen richten, was immer wieder zu regen Diskussionen, auch über die Universitätsöffentlichkeit hinaus, führte.

Doch auch das war uns nicht genug: Von vornherein hatte Claudia Rammelt geplant, die transkribierten Interviews zu veröffentlichen. Anfangs sollte es nur eine kurze Einleitung geben, doch die Vorträge ergänzten den Hintergrund zu den Interviews so passend, dass wir viele der Vortragenden baten, ihren Vortrag zu verschriftlichen. So entstand das nun erschienene Buch. Hier können Interviews in ihrer erschütternden Ehrlichkeit nachgelesen oder fundierte Infos zum Zusammenleben der Religionen im Nahen Osten gefunden werden.

Jan Gehm und Rebekka Scheler studieren Ev. Theologie, sind Bochumer Kinder und dem Nahen Osten seit einigen Jahren verbunden.

Gilles Reckinger

Bittere Orangen. Ein neues Gesicht der Sklaverei in Europa
 Wuppertal 2018, Edition Trickster im Peter Hammer Verlag, 231 S.

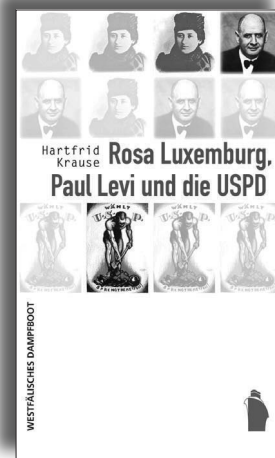
Gilles Reckinger ist europäischer Ethnologe, stammt aus Luxemburg und ist Prof. in Innsbruck. Er verfasste vorher (zwischen 2009 und 2011) das im gleichen Verlag inzwischen zum Klassiker gewordene Buch „Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas“. In seinem neuen Buch dokumentiert und reflektiert er die elende Situation der Geflüchteten ohne Papiere im süditalienischen Kalabrien, wie sie in Orangen- und Tomaten-Plantagen als Tagelöhner schufteten und extrem ausgebeutet werden in einem System, das bis in unsere Supermärkte reicht. Was schon rechtlos und rassistisch funktioniert hatte, hat die gegenwärtige faschistoide Regierung in Rom bürokratisch und politisch noch verschärft, eine wünschenswerte weitere Auflage wird darauf eingehen. „Bittere Orangen“ – das sind erschütternde Original-Töne, Reportagen und Fotos. Weil die hier angeprangerte Ausbeutung der Sklavinnen und Sklaven – in diesem Fall aus Afrika – laut Reckinger integraler Bestandteil des „arbeitsteilig-(neo)liberalen Wirtschaftsmodells“ bzw. der „imperialen Lebensweise“ (Brandt/Wissen) ist, ist solche Sklaverei nicht auf Kalabrien beschränkt. Ganz im Gegenteil! Auch im spanischen Andalusien, auf dem Balkan, bei der Spargelernte in Deutschland und andernorts in Europa ist solche Sklaverei an der Tagesordnung. Ebenso in anderen Erdteilen, z.B. USA in Kalifornien.

Hartmut Dreier



Widersprüche 151
Kritische Solidaritäten?
 ISBN 978-3-89691-021-9
 2019 – 124 Seiten – 15,00 €

Im Mittelpunkt von *Widersprüche* 151 stehen Fragen wie die nach dem Verhältnis zwischen Freundlichkeit – im Brechtschen Sinne – und Kritik und den Konsequenzen für das Politische; aber auch, wie sich Solidarität im Zusammenspiel mit Freiheit und Gleichheit realisiert. Was bedeutet dies für die Entwicklung kollektiver Formen von Handlungsfähigkeiten und für professionelle Arbeitsbündnisse?



Hartfrid Krause
Rosa Luxemburg, Paul Levi und die USPD
 ISBN 978-3-89691-274-9
 2019 – 198 Seiten – 25,00 €

1913 bis 1919 arbeiteten Luxemburg und Levi im Kampf gegen die Sozialdemokratie, die den Kriegskrediten zugestimmt hatte. In der Novemberrevolution arbeiteten beide als Redakteure von *Die Rote Fahne* bis zur Ermordung von Rosa Luxemburg. Dies und ihre Kritik an der 1917 gegründeten USPD und der alten Sozialdemokratie führte immer wieder zu Diskussionen, ob eine 'wirklich sozialistische Arbeiterpartei' neu gegründet oder lieber in der USPD um die Mehrheit ihrer Anhänger gekämpft werden sollte. Nachdem inzwischen wichtige Teile der Werkausgabe auch von Levi vorliegen, kann diese Auseinandersetzung genauer verfolgt werden.



AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

– K 12123 –

FREIBAD

Ein ganzer Sommer unter dem Himmel



Wer braucht schon einen Balkon, wenn er einen ganzen Sommer im Freibad verbringen kann, immer unter dem Himmel? Wo es einen Zehnmerturm gibt. Und neben dem Volleyballfeld einen Kiosk, wo sie alles haben, was du brauchst. Falls du Geld hast. Und wo du denkst, so ein Sommer, der hört nie auf.

Will Gmehling

Freibad

Ein ganzer Sommer unter dem Himmel

160 S., geb., ab 10

€ 14,-

ISBN 978-3-7795-0608-9

„Die besten 7 Bücher für junge Leser“
Deutschlandfunk



www.peter-hammer-verlag.de